



## Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Girschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund C. B., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierfachjährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühre. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Spalte, Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Zeibreite 1.20 M.

Nr. 21.

Berlin, 20. Mai 1932.

13. Jahrg.

Abbildung: S. 242: Danzig und der Völkerbund / S. 243: Die polnische Neutralität. — Der polnische Radikalismus / S. 244: Der Korridor als europäische Brücke. — Die kaukasische Bündnis in Osten Deutschlands. — Die neue Konventionen. — Mewel, der politisch-ökonomische Erhaltungsfonds und in Danzig. — S. 245: Polnische Seite gegen den Völkerbund. — S. 246: Danzig und die Völkerbund. — Die Polen in Deutschland. — Der polnische Radikalismus und im Gewerbebeamten-Politikunterricht. — S. 247: Polen verzögert die Durchführung des Völkerbundabkommen. — Angriff auf die Autonomie Oberösterreiche. — Die Räte des Poliziato. — „Politische Tage“ / S. 248: Ratsouen im Osten. — Bündnisarbeit. / S. 250: Heimatnärrischen.

## Das erste Reichstreffen der Ostbund-Jungscharen.

Glänzender Verlauf bei zahlreicher Beteiligung.

Einen wie starken Aufschwung in leichter Zeit der Zusammenfassung der Ostbund-Jungscharen gewonnen hat und ein wie erfreuliches Leben in den meisten dieser Jungscharen herrscht, dafür war die große Beteiligung am ersten Reichstreffen der Ostbund-Jungscharen in Grünberg in den Pfingsttagen Beweis. Das Treffen stellte in seiner Art etwas völlig Neues dar: Eine Vereinigung der bisher üblichen Schulungswochen mit großen, marktähnlichen, nach außen wirkenden Kundgebungen für den deutschen Osten. Die Beteiligung war für eine solche erste Veranstaltung über Erwartungen groß und der Verlauf durchweg eindrucksvoll und erhabend.

Aus allen Teilen des Reiches, aus Ostpreußen ebenso wie aus Südwürttemberg, aus der Wölkerbund (Hamburg, Kiel usw.), ebenso wie aus den an die Schlesier grenzenden ländlichen Gebieten, aus Pommern, ebenso wie aus Schlesien, waren Jünglinge und Jungens wie auch Jüngster der Ostbund-Jungscharen in großer Zahl erschienen und natürlich erst recht aus Mitteldeutschland.

Die Jugend und mit ihr die erwachsenen Teilnehmer haben in dem Moingland der herzlichen Natur, in dem schönen alten Städte und seiner prächtigen Bauten eine purt herzliche Seiten- und Feiertage verlebt, die ihnen genug ein ungezögertesbleiben werden. Sie haben den Segen empfunden, der von der Zugehörigkeit zu einer großen, idealen Zielen dienenden Gemeinschaft ausgeht. Sie haben eine reiche Sülle von Auseinandersetzungen empfunden und teilweise auch geboten, ein persönliches Verhältnis von Jungdar über Jungdar, von Mensch zu Mensch herstellen können, haben sich für die Lebensanschauung als Ostbundkämpfer neuen Mut, neue Begeisterung, neue Willen und neue Entschliffenheit geholt und haben zugleich nach außen hin das Bekennnis abgelegt, sich der großen Aufgabe zu widmen, der Ostsee zu dienen. Bei der großen Ostkundgebung am Pfingstmontag war der große Saal Serradars im „Brauen Hirsch“ bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Reichsjugendführer des Deutschen Ostbundes, Herr

Dr. Chiele, legte nach herzlichen Begrüßungsworten des Herrn Bürgermeisters Schröder kurz und treffend die Bedeutung der Ostfragen und die Ziele des Ostbundes und seiner Jungscharen dar, worauf der Magdeburger Justizrat das offizielle Heimatjubiläum „Volk an der Oste“ in glänzender Vorstellung vor.

Die Woldenbach in den grünen Harzbergen, bei der Herr Dr. Südti er die herzerhebende Worte fand und die vereinten Jungscharen durch treffliche gemeinsame Sänge erfreuten, die nachfolgenden Wetts- und Geländespiele, die feierliche Begrüßung des Teilnehmers vor dem Rathaus durch Herrn Bürgermeister Schröder und vor allem die poskreise am Ende des Markgräfler Gero, des großen mittelalterlichen Ostkonsistorats, Wenden und Polenbeginnern, in der von ihm gestifteten 1000jährigen Kirche, einem der prächtigsten, alten Gotteshäuser Deutschlands, bei der Herr Dr. Südti in seiner Ansprache der großen gelöschlichen Bedeutung der Ostkonkilation ebenso gerecht wurde wie der Bedeutung der Ostfragen der Gegenwart, waren Erlebnisse von so starken Eigenart und Pragmatik, daß sie allen Zweck der Tagung übertragen erschienen. Die Säuberungsprozesse, die Jungen und Mädel getrennt hielten und die ebenso anregend wie harmonisch verliefen, Wettspiele und Wettkämpfe im Stroh, das einzige Ringen um die ersten Preise beim Abkommen im Stroh, die Wimpelwette am rispielen Pfingststier, dessen Glanmen weit in Jahre waren, die optimalichen Weibergesänge, die die Herzen bei diesen prächtigen Schauspielen Gottes freier Natur entzünden und höher schlagen ließen, das alles waren Erlebnisse, die alle Strapagen auch der weitesten Reise vergessen und in allen Teilnehmern den Wunsch zeigten, am nächsten Reichstreffen des Ostbund-Jugend wiederum teilzunehmen.

Ein eingehender Bericht über das Treffen, zu dem auch Bundespräsident Böckel erschien, war, folgt im nächsten „Jungen Ostmark“ am 27. Mai.

## Danzig und der Völkerbund.

Was bei der Behandlung der Streitfragen zwischen Danzig und Polen auf der diesmaligen Tagung des Völkerbundes besonders aufstieß, war nicht die Art, in der die dem Rat vorliegenden Streitfragen entschieden werden sind, sondern daß eine Frage, an deren Behandlung vor dem Völkerbund den Polen befürwortet viel lag, dort nicht aufgerollt worden ist, nämlich die Frage, ob der innerpolitische Verhältnisse Danzigs unter deren Entwicklung zu entsprechen sind, was er erwartet, hat Polen für Böden und Monaten einen sich stetig verändernden Heft gegen die Regierung der freien Stadt und den Völkerbundskommunen Graf Grausen betrieben, die unerhöhten Angriffe gegen das Danziger Sozial- und Polizei- mafie gerichtet, Danzig als einen „Brandstifter kriegerischer Unricht“ und als „Hauptquartier“ des nationalsozialistischen SA, die einen Verhandlungsangebot Polen vom Januar herreichte, verneinten. Polen hat sich bei diesen Verhandlungen stets auf die staatliche Unabhängigkeit der freien Stadt in verhältnismäßig weit aus- jururkten. Haben ins von vertriebenen deutschen Blätter, um die von den Nationalsozialisten geführte deutschnationale Regierung in

Danzig zu treffen, die politische Forderung einer Völkerbundssintervention in die Danziger innerpolitischen Angelegenheiten zu eigen gemacht und sich — ganz im Sinne der polnischen Presse — an dem Völkerbund gegen den „föderalistischen Staat Grausen“ beteiligt. Um so bedeutender ist die Erfahrung, daß bei der Behandlung der Danziger Streitfragen in Sessl die innerpolitischen Verhältnisse der freien Stadt mit keinem Wort erwähnt worden sind. Das kann wohl als Beweis dafür gelten, daß man in Sessl die Hintergründe des polnischen Verhandlungsfeldes hinreichend durchschaut und erkannt hat, daß eine Sessl für den Süden weniger von der freien Stadt als von Polen her droht; es kann als eine Art Verstecknotum, wenn nicht für die Danziger Regierung, so doch für den Grafen Grausen gelten, der den Völkerbund von einem ungünstigen Verhalten der Danziger Regierung, wenn dieser ein Anhänger vorgestellt hätte, in Rückansicht gelehrt haben würde. Der politische Bericht, den Schwerpunkt der Sessl Verhandlungen über die Danziger Fragen auf das Gebiet der Danziger Innopolitik zu verschieben, ist also nützlich.

Um übrigens tugen dem Völkerbundsrat fünf Danziger

Straitsfragen zur Beschlusshaltung vor. Verein wichtige, die Straitsfrage Danzig-Ödingen, wurde in Übereinstimmung mit dem vorangegangenen Staatsdienst des Jurienkomitees vom April 3. d. J. vom Rat nunmehr endgültig und rechtskräftig dahin entschieden, daß Polen verpflichtet ist, die den Danziger Hafen voll auszunützen und doch auf die Verpflichtung alle Arten des Verkehrs (Personen- und Warenverkehr, postliche und Transportverkehr) bereit ist. Dabei folgt für die Straitsfrage, ob der Danziger Hafen voll auszunützen wird, dessen jeweiliger Zustand und dessen Entwicklungslinie zu berücksichtigen ist. Die grundsätzliche Entschließung birtet jedoch für Danzig noch lange nicht die Sicherheit, da es braucht und die es namlich „Staatsangehörige“ fordern bereitigt ist; die weitere Frage, nämlich, wann praktischen Schlußungen aus dieser theoretischen Verpflichtung Polens zu erwarten ist, noch offen gelassen und vom Röhrkombinat zu weiteren Prüfung und Entscheidung an den Hohen Kommissar verweisen worden, der seinerseits unter Zusicherung der streitenden Parteien noch feststellen soll, was Polen aus eigentlich zu tun und zu unterlassen hat, damit der polnische Eisenbahner in Danzig hat der Röhrkombinat unter Ablehnung weitergehender Danziger Forderungen, das besonders das Aufstiegsrecht über die polnischen Eisenbahnvermögen befreien, dagegen entstehen, daß erstens Eisenbahnliniien einer defensoren Befestigungsorganisationen mit dem in Danzig schaffen, also die Danziger Eisenbahnliniien organistatorisch aus den polnischen Eisenbahnen herauslösen muß, und daß zweitens sich der gesamte Beamtenkörper der Danziger Bahnen bis auf die meisten leitenden Beamten aus Danziger Staatsangehörigen zusammensetzen wird, mit denen Polen nicht mehr, wie es bisher in ausgiebigem Maße, durch Beschaffung nach Polen ist, gehoben zu ausgleichen unterlegen war. In der Frage des polnischen Vertrages gegen die Entscheidung des Röhrkombinats betr. die Danziger Veredelungskontingente ist dem Rat ein Jurienkomitee mit dem Auftrag eingesetzt worden, die grundsätzlichen Rechtsfragen zu prüfen.

Danzig hat in Gott in einigen wichtigen Streitfragen eine günstige Entscheidung erzielt. Hat es damit über praktisch etwas gewonnen? Ist der Völkerbund überzeugt in der Lage, Polen an einer Fortsetzung seiner neuen Idee für 10 Jahren fortzuhören und konsequent bestolzene Formierungs-politik, die schließlich zum Untergang der Freien Stadt führen mög. zu verhindern? Sowohl hat der Völkerbund der Freien Stadt zugestimmt, eine Schutzpflicht übernommen, aber eben die Frage, wann diese Schutzpflicht besteht, ist nicht klar. Nach einer Einheits- und des Völkerbundes, vom 17. November 1923, „steht“ (9) im Prinzip fest, daß der Völkerbund sich verpflichtet, die territorialen Interessen in Theorie und politische Unabhängigkeit der Freien Stadt gegen alle Angriffe von außen zu verteidigen. Was „territorialer Unserfeind“ ist, ist nemlich klar. Der Begriff der politischen Unabhängigkeit überzeugt ja, daß verschiedene Ausgangs- und, doch eben ein ganz ungemein plumper Einbruch in die Danziger Rechte eintreten mag, um den Völkerbund zur Feststellung einer Verleugnung dieser Unabhängigkeit zu bestimmen. Der Schluß der politischen Unabhängigkeit Danzigs steht nur auf dem Papier, denn die Verbindlichkeit dieses Begriffes läßt den Polen zahllose Möglichkeiten offen, die vom Völkerbund niemals als Verleugnungen der politischen Unabhängigkeit aufgelaufen werden, praktisch aber die Handlungsfähigkeit Danzigs, sei es die militärische, sei es die politische Handlungsfähigkeit, mindern und im Lauf des Jahres durch die Häufung der Falle abnehmen so weit mindern, daß die politische Unabhängigkeit ein leerer Begriff wird und eines Tages nichts anderes mehr bedeutet als die Freiheit der Wahl zwischen der Katastrophe des Untergangs und dem „freiliegenden“ Verlust. Dabei liegt die tatsächlich Macht ausschließlich auf polnischer Seite; und dieses wendet sie schmollendes an; planmäßig, vorstülpig, immer das Endziel der Einverleibung Danzigs im Auge, schriftweise das Rechtsgebäude vermurkend, in das die Danziger „Selbständigkeit“ hineingestellt werden soll. Der Gedanke ist absurd, daß ein Staat mit 400 000 Einwohnern bei seinem unangestiegenen Staatlichkeit mit einem 32-Millionenstaat der Angestalt sein könnte. Bei dem Mangel an sozialföderativer Macht sind juristische Bestimmungen seine einzige Waffe, die ihrer Natur nach nur eine Verfeindungswaffe, und zwar eine sehr unzureichende Verfeindungswaffe sein können. Während Polen in seinem Kampfe mit Danzig einen feststellenden und ihm ersterbendewert dämmenden Ziele justiert, dessen Erreichung ihm einen großen Erfolg weit hineint, ringt Danzig um die Erhaltung eines Rechtsgebäudes, in das es wider seiner Willen hineingewangt werden soll. Polen hat gegenüber Danzig nur zu gewinnen — deshalb ist seine Politik offenbar. Danzig hat nur zu verlieren — deshalb ist seine Politik defensiv. Polen kämpft um ein Ziel, das lohnenden Gewinn verspricht, Danzig um die Erhaltung eines Zustandes — um „das kleinere Leben“. Die Aussicht über dessen Erhaltung ist nun in die Hand einer Institution gestellt, die — wie der Völkerbund — sich in ihren Entscheidungen — nicht so sehr vom rechtlichen Überzeugungen leiten läßt, sondern vielmehr nach maßpolitischen Gesichtspunkten handelt. Nun hat der Völkerbund wohl die Möglichkeit, sich in Rechtsfragen an das Internationale Schiedsgericht im Haag als Gutachter zu wenden; aber auch hier ist keineswegs die Gewöhnlichkeit dafür gegeben, daß Entscheidungen getroffen werden, die nur von juristischen und nicht auch von politischen Überzeugungen abhängen werden; denn auch das Haager Schiedsgericht ist im so weniger in der Lage, sich dem politischen Druck

der in Genf maßgebenden Mächte zu entscheiden, je schwierigendster die Fragen sind, die seiner Beurteilung vorgelegt werden. Überdies ist der Völkerbund gar nicht genehmigt, die Gutachten des Hauses Schiedsgerichts, zur Abschöpfung seines Verhaltens zu machen. Die leichte Entscheidung liegt immer bei ihm; sie ist daher immer politisch. Wie das Statut, auf das die Exekutive der Freien Stadt durch Beschlüsse begründet wurde, von vorherher nichts anderes war als ein Kompromiss widerstreitender politischer Kampfspiele, so sind auch alle Entscheidungen, die der Völkerbund seit Bestehen der Freien Stadt auf Grund dieses Statutes über die jeweils aktuellen Streitfragen gefällt hat, nichts anderes als ein Ausfluss des fortgesetzten Ringens um dieselben politischen Kampfspiele gewesen, die denen Danzig nur das Objekt für die Politik der Anderen waren. Dazu kommt noch ein anderes: die schleppende Arbeit des Völkerbundes, deren Racheziele nur so schweres ins Gewicht fallen, als dem Hohen Kommissar in Danzig nur sehr beschränkte Handlungsmöglichkeiten eingeräumt worden sind. Der Vorteil aus dem Schneckentempo der Völkerbundarbeit hat ausschließlich Polen: Polen kann warten; je später eine Entscheidung des Völkerbundes gefällt wird, um so mehr Aussicht hat Polen, daß durch die Entscheidung nicht mehr veranlaßt werden kann, die vollendeten Tatsachen, gegen die Danzigs Wehrmauer eingeleget hat, rückgängig zu machen. Wenn nun schließlich doch eine Entscheidung endlich kommt, die den Forderungen Danzigs entspricht, — welche Möglichkeiten hat der Völkerbund dann, um Polen zur Einbildung seiner Entscheidung zu zwingen? Die Antwort lautet ganz einfach: Keine! Denn der Völkerbund als solcher besitzt keine Exekutivewalt.

Man sollte meinen, daß die Pole am empfindlichsten die offensichtlich schwebende Position der freien Stadt Danzig auf die Anwendung gewaltsamer Mittel zur Einverleibung der freien Stadt in ihr Staatsgebiet vorbereitet und sich mit der langlosen, sogenannten „friedlichen“ Abßumption Danzigs begnügen könnten — in der Erwartung, daß das kleine Staatenstück, das unter den fragwürdigen Schutz des Völkerbundes gehoben verblieben, früher oder später doch einmal den Druck der polnischen Übermacht ertragen werde. Nun Polen scheint dieses friedliche Verfahren über zu langwierig, vielleicht auch auf die Dauer zu kostspielig zu sein: wie sie Jeten, wie neue Meldungen bestätigen, ihre militärischen Vorbereitungen im Korridor fort, so daß die Erföre eines polnischen Handbreits auf Danzig vielleicht auch auf reichsdeutsches Gebiet, der noch den bekannten englischen Professorenbungen ihres dem 1. Mai geplant worden war, von Tag zu Tag steigt. Die Aktivität, die die Pole vor den reichsdeutschen und Danziger Grenzen entfalten, geht über das Ausmaß der üblichen Annäherungsaktivität ganz erheblich hinaus. Sie tritt zum mindesten den Charakter einer militärischen Demonstration, durch die die Pole Danzig zum Deutschenland ein Druck ausüben wollen soll, oder den Charakter einer Probemobilisierung, deren Erfolgsfähigkeit durch Beleuerungen der Warschauer Regierung nicht glaubhaft gemacht werden kann. Nach neuen Meldungen ist im Korridorgebiet eine aus Freiwilligenverbänden zusammengesetzte Reservearmee aufgestellt worden, die sich nur mit Korobinen, sondern seit einiger Zeit auch mit schweren Waffen, Geschützen, Maschinengewehren und Tanks ausgerüstet und der Führung aktiver Offiziere und Unteroffiziere unterstellt worden ist. Die Beschlüsse, die am 7. März d. J. in einer Besprechung des Kommandierenden Generals des VIII. Armeekorps in Thorn mit den Söhnen der pommerellischen Wehrverbände bezüglich der Schaffung einer Schlagerbereiten Reservearmee gefasst worden sind, sind im momentanen durchgeführt worden. Die Wehrverbände im Bereich des VIII. Armeekorps, das den ganzen Korridor umfaßt, sind den aktiven Gruppen angegliedert, in dem allgemeinen militärischen Operationsplan eingordnet, in ihrem Mannschaftsstock durch die verstärkte Freiwilligenwerbung ergänzt und in ihrer Ausbildung in allen Waffen vervollkommen worden. In der erwähnten Besprechung hat der Leiter des Mobilisierungsausschusses erklärt, daß der Ruf des Vaterlandes vielleicht übergeragen werde, als moncher es denke; es gelte, Deutschland eins für allemal seine Freiheit und Unabhängigkeit auszutreiben<sup>11</sup>. In diesen Tagen wird eine Abordnung des Verbandes der italienischen Freikämpfer Gesangseinheit haben, sich selbst ein Urteil darüber zu bilden, ob die militärische Aufführung Polens lediglich der Verteidigung eines uraltpolnischen Landes gegen deutsch-Revanchistische<sup>12</sup> dient oder ob dahinter nicht vielmehr die Absicht eines bewußteten Angriffes steht auf Gebiete, die Polen in Verfolgung vergebens für sich verlangt und seitdem niemals ja beansprucht aufgehat hat. Vielleicht werden die Italiener von ihrer Sohni durch den Korridor den von ihren polnischen Gefolgsmännern beschäftigten Eindruck mitnehmen, daß jeder Verlust einer Grenzprovinz zu Deutschlands Gunsten unverzüglich einen Krieg hervorruft muss, da Polen das strittige Raum niemals kampflos an seinen deutschen Besitzer zurückgegeben will. Vielleicht aber werden sie tiefer sehen und erkennen, daß die Kriegsgefahr — auch ohne Rücksicht auf die deutliche Revolutionsforderung — mit jedem Tage wächst, auf dem Polen sein gefährliches Spiel mit den Waffen so vermehrt und freimüdig fortsetzen kann; vielleicht werden sie einsehen, daß man dem Frieden dann auf bestem dient, wenn man den Deutschen an den Ostgrenzen zu ihrem Recht verhilft und den Polen die Möglichkeit nimmt, eine Macht zu misbrauchen, die ihnen nach dem Urteil der Geschichte nicht innehalt.

# Die polnische Mentalität.

Unter der Überschrift „Polnischer Toleranz und deutscher Chauvinismus“ brachte der „Kurier Poznański“ am 30. April d. J. einen Artikel jenes Schlesierbüchlers (1) Berichterstatters, dessen Einleitung besagt: „Wir unseren Posen nicht overthalten wollen, weil sie so ungemein bezeichnend für die Methode der polnischen Berichterstattung ist: „Die polnische Toleranz ist sprichwörtlich. Unsere Geschichte zeigt davon berecht. Die Herausziehung von Juden nach Polen durch dessen Könige, die Herausziehung deutscher Kolonisten nach Polen durch polnische Gutsbesitzer und die Verleihung verschiedener Vorrechte an sie und wie haben sie die Deutschen später, nachdem diese ihre Kolonisationsarbeit geleistet haben, beehndelt?“ — Das sind gefährliche Be- wölfe religiöser und nationaler Toleranz, deren sich kein anderes Volk in Europa rühmen kann. (1) Und erst recht in dem zeitgenössischen Polen, das nach dem Weltkrieg wieder aufgebaut worden ist! Die polnische Großmutter (2) gegenüber den nationalen Minderheiten ist wirklich rühmend. Millionen von Juden, denen der Friedensvertrag das eigene Vaterland (gemeint ist Polenland) wiedergegeben hat, denken nicht daran, in dieses Vaterland zurückzukehren, denn es geht ihnen in Polen besser als im eigenen Lande. Und wenn einige Sohne Israels den Mut aufbringen und nach Palästina abwandern, so geschieht dies nur auf kurze Zeit und dann, um von dort andere nach Polen zu bringen, die Polen noch nicht gelieben haben. (Somit wären sie wohl auch nicht mitgekommen!) Wie gut es aber den Deutschen in Polen geht (?), davon braucht man nicht zu reden. Es genügt, die Angestenheit der 80 000 Optanten zu erwähnen, dieheimer jetzt für Deutschland optiert haben, die aber, nachdem sie sich von den Wohlbüten des deutschen „Paradieses“ überzeugt haben, um nichts in der Welt in ihr Vaterland zurückkehren wollten, und heute geht es ihnen in Polen besser als in Deutschland. . . .

Was soll man dazu sagen? Entspricht dieser Grad von Verlogenheit einer genuinen Kolonistin oder einer jüdischen Böswilligkeit? Man sieht jedoch Ausdrücke einer einfachen Falschung gegenüber; man begrüßt nicht, wie ein Volk gefühlvoll und gegezwärtig Salutabwur in jäh schamloser Weise auf dem Kopf hält, mit einem Volk, das die Fähigkeit der Selbstkennzeichnung und der Selbstkritik fehlen kann. Nicht die geringste Anstrengung findet sich in diesen Sätzen, das polnische Volk im Laufe seiner 1000jährigen Geschichte auch nur eine einzige Herabsetzung begangen haben könnte, die mit den Dörferungen menschlicher Grausamkeit und christlicher Rücksicht im Widerstreit steht. Wie sehr mag dieses Volk als „Mächtige“ militärisch, fiktiv und handelns mächtig um das Land, das es allein im Laufe weniger Jahrhunderte zu einer Macht deutscher Männer heraufbeschworen hat, als ein kleiner, altchristlicher Staat? „Ich schenke die Potsdams ein, wenn es die Brüderlichkeit dieser Verbündungspolitik mit ihrer nationalen Ethik für vereinbar hält! Und wie grenzenlos muss die Unberührbarkeit eines Volkes sein, das sich für den „Marsch unter den Völkern“ hält und dabei nie ein Blutbad unter den zahllosen Opfern mitteilt, die ihm das Schicksal in die Hand gespielt hat!“

„Völker denken genau wie Menschen ihre Persönlichkeit“, heißt es im Vorwort eines unter dem Titel „Polen wider Polen“ erschienenen Heftes der politischen Zeitschrift „Volk und Reich“. „Was sich in auffällig bedeutsamster Weise mit der Mentalität des polnischen Volks auseinanderlegt. „Wenn wir das polnische Volkstum ins Auge fassen, dann signet ihm die Genialität der Propaganda. Seine Pots ist gleichsam ein jenseitiger Rekordmaß!“ Da dieser Rennpfeil nicht steht, sonst wie, sie als politisch ansehen, wird sie als die Säbigkeit, einen guten Scherz zu machen. Genialität der Propaganda erweckt die Wirkung der Person über den inneren Bereich, über die eigene Zuständigkeit hinaus. Er verdeckt nicht mehr, als er ist; er scheint mehr, als er ist, und umgibt sich bloß gesprochen, mit einer Umhüllung, die ihm nicht ankommt. Kurz und gut, der Genialität der Propaganda liegt, wie man sieht, innerliche Grenzenlosigkeit oder die Unfähigkeit, Maß zu halten. Es ist kein Zweifl, daß das polnische Volkstum aus der Not eine Tugend gemacht hat. Die staatlichen Leistungen, die kulturellen Herabbringungen, besonders aber jene, die auf dem Feld der bürgerlichen Tugend liegen, kür, all jene Gebiete, auf denen sich der großen Völker Mittel- und Westeuropas herausgezogen haben, füßen dem polnischen fast völlig. Was Potentum ist sojuligen spurlos durch die Welt gegangen. Was an großer Architektur in Polen zu finden ist, ob in Warschau, Krakau oder Gnesen, ist ausnahmslos deutsches Werk. Die innere Ordnung des alten polnischen Staates, die des heutigen geht auf die deutsche Rechtsordnung zurück. Das alles beruht den Polen nicht. Er lebt jenseits der Wirklichkeit; er lebt so fehrt in dieser eingeschlossenen Welt, daß er sie nicht nur für wahr hält, sondern anderen glaubhaft machen kann. Vom liegt der tiefe Segen an Deutlichkeit, welches gleichsam die Metaphysik des Wirklichen für sich erobert hat.“

In der polnischen Genialität der Propaganda liegt ein außerordentlich liebenswürdiger Zug des polnischen Volkstums. Polnische Güte heißt in diesem Sinne ihren ganz besonderen Charakter: Sie ist gewiß kostspielig, und dennoch erscheint das Gebotene doppelt wertvoll. Wie der Götzebär sich über sich selbst erhebt, so erhebt er den

Gott über den Alltag. In dieser Eigenschaft steht ein hohes Maß überall lebendiger nationaler Energie. Dennoch bleibt es wahr, daß die Kunst der Propaganda heute die größte Gefahr bildet, in der Polen schwebt. Die heutigen Grenzen des polnischen Staates sind, wenn man will, blindlings geglaubte Propaganda. Der polnische Staat ist sojuligen im Salow bei Rostow und Ekor im Grenzenlose gesetzigt worden, und da er grenzenlos ist, da ihm das innerliche Maß fehlt, das Bewußtsein seiner Wirklichkeit, so liegt in dem heutigen Zustand, ebenso wie vor 150 Jahren, die Möglichkeit einer Enttäuschung.

Hier und wieder hat sich das deutsche Volk für seine Nachbarn, auch für die Polen, begeistert. Vor etwa 100 Jahren gab es kaum einen deutschen Cyriker, der nicht ein Polenlied gedichtet hatte, aber wir finden dazu kein Gesellschaft auf polnischer Seite. Damit kommen wir zur dritten Wirkung der Propagandagenialität des Polen. Die Überherrnerung des eigenen Ichs läßt nichts neben sich gelten. Hier liegt die psychologische Wurzel der polnischen Unzufriedenheit in allen Fragen des Minderheitenrechts. Hier liegt die immer wieder hervortretende Södigkeit zu Brutalität und Unterdrückung. Hier liegt die Quelle des Gesellschafts, mit der man bittere Armut und Tod unschöner Neuhufen betrachtet. Hier liegt ein Mangel an Verantwortungsgefühl. Wer sich über seine eigenen Grenzen hinaus und andere zum Glouben daran verführt, wird niemals in der Lage sein, den anderen gelten zu lassen. Daraus ergibt sich weiter, daß die polnische Propaganda im tiefsten Grunde eine der größten Gefahren für die Erkenntnis europäischer Notwendigkeiten darstellt, weil die Welt nur heute es sich nicht leisten darf, aus Illusionen zu bauen. Es bedarf der Erkenntnis der Lage, wie sie ist; auch in der Ostfrage gilt es, Schein und Sein zu unterscheiden.“

## Der polnische Machtwahn.

Unter den zahlreichen Verbündeten, die sich die Pflege und Förderung des politischen Machtgedankens in Polen zur besonderen Aufgabe gemacht haben, nimmt die „Liga zur Machtsteigerung Polens“ insofern eine besondere Stellung ein, als sie alle Gebietsforderungen, die von den verbündeten anderen polnischen Verbündeten im einzelnen erhoben werden, verallgemeinert und zu der einen großen Forderung einer politischen Großmacht zusammenfaßt, die vor dem Oder bis über Smolensk hinaus, von der Oder bis zum Schwarzen Meer, vom Norden bis zur polnischen Bucht reicht und. Spezielle Aufgabe dieser Organisation ist es, unter der Jugend die Idee eines Großpolens und den Gedanken einer Erweiterung der polnischen Machtstellung in Europa nach Kräften zu wecken und zu pflegen. Die Organisation ist auf militärischer Grundlage aufgebaut. An der Spitze dieser Liga steht ein Reichsvertragsrechtsvertreter des Regierungslagers, u. a. der bekannte Abhänger „Pilsudski, Wacław Sieroszewski“. Militärischer Söditer der Organisation ist ein Bermander des Marschalls mit Namen Romund Pilsudski. Die Zeitschrift „Młody Wojskowic“ ist eine Zeitschrift der Hauptzeitung der Organisation, „Mocarstwo“ (Der Machtträger). Nach Angabe des Blattes soll der „Młody Wojskowic“ eine Schule für staatsbürglerische Erziehung der Jugend im noch nicht gefestigten Alter sein. In diesem Sinne werden in den genannten Beiträgen für die Pots und Mitglieder der Organisation besondere Aufgaben militärischer, erzieherischer und sozialer Natur veröffentlich, für deren Lösung Presse und Belohnungen ausgestellt werden. In einer der letzten Ausgaben des „Młody Wojskowic“ befindet sich eine Aussage nachstehenden Inhalts: „Welches von den Provinzen Polens, die sich auf vereinbarer Forderung noch unter feindlicher Okkupation (1) befinden, müssen wir uns zum Zwecke der Aufrechterhaltung der politischen Unabhängigkeit zu erkämpfen und vorzutragen?“

Die auf dieser Karte gezeichneten Provinzen, die „zu erkämpfen werden müssen“, sind: „Die hier aufgeführten Bezeichnungen sind Überzeichnungen der politischen Bezeichnungen auf der Kartecke.“

1. „Polnisches Land, das germanisiert wird“ (an) Wehrkreisen, in der Karmark und ein Teil der Mark mit dem großen Land der Oder und den Städten Frankfurt (Oder), Stettin u. m.
  2. „Polnisches Land unter deutschem Joch“ (Opprawa).
  3. „Ein Teil Litauens, das vom Mutterland der Republik abgetrennt ist“ (a) „Es ist gegenwärtig polnisches Litauen.“
  4. „Der gegenwärtige polnische Staat“.
  5. „Der gegenwärtige polnische Staat“.
  6. „Ein Teil Litauens unter dem Joch der roten Trabren“ (ein Teil des heutigen Westpolands mit Polozk, Smolensk u. m.).
  7. „Ein Teil des Ronlands unter dem Joch der roten Trabren“ (die gesamte Ukraine mit Kiew, Charkow und Poltawa, im Süden bis in Asowischen Meer und dem Borterkaukasus).
  8. „Zurück zu Polen gehörendes Land“ (ein Teil des heutigen Schlesiens und Mährens).
- Aur unter Punkt 9 bringt die Karte „den Teil der im Jahre 1918 befreiten Republik heutiges Polen“.

# Der Korridor als europäische Frage.

über dieses Thema sprach auf der Pfingsttagung des Beirats für das Deutschtum im Ausland in Ebing Regierungsrat Dr. Goedecke aus Marienwerder. Diese Frage sei kennzeichnend für eine Angelegenheit des deutschen Volkes. Sie röhrt sich an die Zukunft des polnischen Volkes, und mehr als das: sie ist bereits eine europäische Frage geworden. Der Korridor ist heute Gegenstand der internationalen Diskussion. Die Grenzziehung im Osten muß als Gattung betrachtet werden. Das vorliegende hängt mit dem Korridorproblem eng zusammen. Aber den Bortmann hat, postisch gesehen, der Korridor: er ist derartlich im Osten ein europäisches Ölproblem. Der Begriff Korridor ist Bestandteil des internationalen Sprachgebrauchs geworden. Er deutet auf ein künftiges Gebilde, das nur als Durchgang dienen soll, nicht um seiner selbst willen da ist. Das ganze unter Weißrussland bildet einen geopolitisch bedeutsamen einheitlichen organisierten Körper, der durch die neuen Grenzen bestimmt werden soll. Der geographisch-geographischen Einheit entspricht auch das geschichtliche Schicksal dieses Raumes. Schon in der frühdynastischen Zeit und bis zum Vordringen der Deutschen im zweiten Jahrhundert hat es nördlich der Reise keine Polen gegeben. Erst der Verfallsertrag hat sich über diese geopolitisch und geschichtliche Zusammenhänge hinzugesetzt. Dass man sie nicht umgestaltete vereinen kann, zeigen die Folgen, die sich aus diesem Kontraktionsfehler ergeben haben. Von den Jägern sind in erster Linie die unmittelbaren Anlieger betroffen, zumal wenn, wie hier geschah, die Grenze ohne jede Rücksicht auf wirtschaftliche Zusammenhänge gezogen werden soll. Eine Römerkarte „Schenkenschiefer“ an der Grenze würde allerdings an den Stand der Dinge nichts ändern können. Das aus dem Reichskörper herausgeschaffene Korridorgebiet steht jetzt eine wirtschaftlich tote Zone dar. Neben der Störung des Güterverkehrs wird die Lage des deutschen Ostens höchst nachteilig beeinflusst durch die Abhängigkeit der Verkehrsverbindungen. Der Korridor hat aus dem künstlich organisierten Verkehrsnetz des deutschen Nordostens das Mittelstädtland herausgeschnitten. Die Fragen des Verkehrs bilden einen der wichtigsten Bestandteile des Korridorproblems. Die ancheinend reibungslose Durchführung des prädisponierten Personenverkehrs durch den Korridor kann über die tatsächlich bestehenden Schwierigkeiten nicht hinweggetaucht. Dass, wie Polen behauptet, der Korridor in bezug auf den Verkehr praktisch „unbrauchbar“ geworden sei, trifft nicht zu. Sowohl im Personen- wie im Güterverkehr bestehen noch eine Zelle von Schwierigkeiten und Missländen. Und eine Erleichterung und Verbesserung des Verkehrs in der Ostwirtschaftung par nicht in der Absehung Polens liegt, beweisen die Maßnahmen der polnischen Verkehrsdiplomatie. Sie arbeitet vor allem mit dem Mittel der Kompostarife, um die künstliche Umleitung des Verkehrs aus dem polnischen Hinterland auf Sekundär- unter Umgehung deutscher Verkehrswege zu ermöglichen. Die polnische Verkehrs- und Wirtschaftspolitik ist nur ein Werkzeug der Machtpolitik des polnischen Staates, deren Wege sich aus der dunklen Zürcht vor einem ungenügenden Schicksal erklören. Aus dieser Zürcht erklören sich auch die Verhüte, die nationale Minderheiten um jeden Preis zu polonisieren. Aus dem Bewußtsein der Unisusheit des Polen erklärt sich vor allem die Über-

hauptung militärischer Kräfte im Korridor und um Ostpreußen herum will über das notwendige Maß hinaus, die naturgemäß, bei dem starken Minderheitszufluss der Kräfte, in Deutschland als Bedrohung aufgefasst werden müssen. Die Meinung, daß der unliebste Besitz des Korridors nur dann gelöscht sein könnte, wenn auch die entgegengesetzten Gebiete, zumindest Ostpreußen nicht mehr zum Deutschen Reich gehören, tönt nun zahlreichen Stimmen nachgebückter polnischer Berater. Außerdem wird von polnischer Seite sogar derartig das Problem des Korridors ein „Problem des Cappellenhauses“ gegenübergestellt und in plausiblen politischer Weise erörtert. Selbst seine Schuljugend verlief Polen sehr gefährlich. Wandkarten von dem polnischen Thronvater Ostpreußen und dem polnischen Thron von Schlesien zu überzeugen. Derartige Mittel sind nur ein Beweis für die Schwäche der polnischen Politik. Die politische Labilität Polens, die Polen vorbringen kann, um nachzuweisen, daß das Korridorgebiet zu Recht zu Polen gehört und im Welt für Polen eine Existenzfrage ist, fallen bei näherer Betrachtung in sich zusammen, mögen sie geographischer, wirtschaftlicher, historischer oder ethnographischer Art sein.

Die Folgerungen aus der Erkenntnis des heutigen Zustandes sind folgende: Für Europa und für uns Deutsche: Europa hat die Pflicht, auf eine andere Gestaltung der Dinge im Osten zu hinzuwirken, und zwar ohne Verzug, da sich derart entstandene Schadenherden von Tag zu Tag vergrößern. Für uns Deutschen ergibt sich nicht zuletzt aus der Sorge um Danzig und dem Deutschen als erste Pflicht, uns mit den Dingen vertraut zu machen, die hier auf dem Spiele stehen, weitere Aufklärungsarbeit im eigenen Volk zu leisten und im Sinne einer deutschen Lösung mit allen Kräften zu wirken. Aus eigener Kraft allein werden wir die Frage des Korridors, die eine Frage der deutschen Freiheit und der Zukunft unseres Volkes ist, freilich nicht lösen können. Denn die Grenzziehung im Osten ist zusammen mit der Zerschlagung Österreich-Ungarns, das Kornstück der Verfallser Regelung und daher eine Frage nicht der deutschen oder polnischen, sondern der europäischen, ja der Weltpolitik, deren Sahe es ist, zu beweisen, daß es ist wirklich Ernst mit der Absicht, der Welt den Frieden zu denachen.

## „Die klassende Wunde im Osten Deutschlands.“

Der Sonderkorrespondent des „Daily Express“ in Danzig, Greenwall, hat mit der Veröffentlichung einer Artikelreihe begonnen, in der er das Ergebnis einer Studienreise nach Danzig und in den Korridor beschreibt. Er sagt nun, er werde nicht überreden und sich auf Mitteilung von Ostländern beziehen; oder er wolle von vorherem erklären, daß diese klassende Wunde im Osten Deutschlands, durch die zweieinhalb Millionen Deutschen von ihrem Mutterland abgeschnitten seien, eine dauernde Gefahr für den Frieden Europas bilden. Im Korridor hätten die Utreiber des Friedensvertrages das Schlachtfeld für den nächsten europäischen Krieg geschaffen.

Zum Studium der Verhältnisse an der deutschen Ostgrenze bereit gegenwärtig im Auftrage des englischen Auswärtigen Amtes eine aus englischen Parlamentariern bestehende Kommission Schlesien.

# Der neue Gouverneur des Memelgebietes.

Der litauische Generalkonsul in London, Gylys, wurde nach Romsaer Meldungen, die nicht widerufen werden sind, als Nachfolger Meyers zum Gouverneur des Memelgebietes ernannt. Die Tatsache, daß die litauische Regierung an dieser wichtigen Posten nicht, wie es ursprünglich die, einen Mann aus der inneren Verwaltung oder einen Militär beruft, sondern einen Mann aus dem litauischen Adelshaus, muß als sehr bedeutsam gemerkt werden. Es wird in Zusammenhang mit dieser Ernennung vermutet, daß fortan das Memelgebiet nicht wie ein beliebiger litauischer Landesstaat angesehen wird, sondern ein einflussreicher internationaler Verträge mit deutscher Bevölkerung ausgestattetes autonomes Gebiet, und daß man auch von den bisherigen Methoden mehr oder weniger vorherrschenderoktatorisch nehmen soll. (?) Gylys ist bisher politisch nicht hervorgegetreten. Er war vorwiegend im litauischen Konföderationsrat tätig. Seine Laufbahn begann er kurz nach der Errichtung des litauischen Staates als Komrat im Ministerkabinett. Als konföderativer Beamter war er in Simna und Eland, Dänemark und England tätig. Als Komrat in Königsberg hat er auch die deutschen Verhältnisse kennengelernt. Seine geübte Position hat er seit dem Jahre 1930 inne. Gylys steht im 46. Lebensjahr.

Die gleich nach den Wahlen zum Memelländischen Landtag aufgetretenen Gerüchte über einen bevorstehenden litauischen Gewaltmarsch im Memelgebiet, die durch die Zusammenziehung großstaatlicher Schlägerverbindungen gemacht wurden, wurden von der Romsaer Regierung natürlich sofort dementiert. Jedoch hat Romsa noch immer nicht eindeutig zu erkennen gegeben, welchen Kurs es künftig im Memel einzuschlagen gedacht. In der „Spieler“ Gylys Meyer-Beckers, die am 24. Mai von dem Kommissar

Kriegsgericht verhandelt werden soll, nehmen die Litauer eine Haltung ein, die wenig geeignet ist, an Versöhnungsgesprächen glauben zu lassen. Beckers wird in der „Anklageschrift“ zum Vertritt gemacht, daß er mit den Führern der memelländischen Parteien Meyer und Conrad, über die Möglichkeiten eines im militärisch-politischen Aufstandes gegen die litauische Regierung und deren Unterstützung durch die deutsche Wehrverband verhandelt habe. Beckers soll sich durch Meyer „Motoret“ (ein öffentlich ausliegendes Blatt) über den litauischen Schützenverband beklagt, sich mit dessen Hilfe über die politischen Pläne der litauischen Regierung informiert und auf einer Autofahrt durchs Memelgebiet beobachtet. Unterstellt für die Rätsel und andere militärisch wichtige Dinge bekannt haben. Die beiden Deutschen haben sich nach der Anklageschrift auf Grund des § 111 des St.-G.-B. der Zwangsarbeit nicht über acht Jahre vorzeitig, schuldig gemacht. Es kommt für sie aber auch der § 49 in Frage, der mildernde Umstände für den möglichen Verlust vorstellt.

## Militärische Schülerausbildung auch in Litauen.

In den höheren Klassen der Mittelschulen in Litauen ist die militärische Ausbildung obligatorisch. Römisch-katholische Männer der Gymnasien hant, an denen sich die Schüler des Romsaer polnischen Gymnasiums einsetzen; die Schüler des litauischen katholischen Gymnasiums unterliegen unter Führung militärischer Sozialate bestreitig. Die Polen besetzen den Vorort Petropawl, der sowohl von den Litauern angegriffen wurde. Es wurde ein Kampf mit allen Waffengewalt vorgeführt. Ein Beweis dafür, daß die Litauer in der militärischen Erziehung ihrer Jugend den Polen in nichts nachstehen.

# Polnische Heze gegen den Landrat Dr. Zimmer.

Vor einiger Zeit verbreitete die polnische Presse die Nachricht, daß der Lehrer Panz von der polnischen Minderheitsschule in Pfaffenstorf (Kreis Osterholz) von Nationalsozialisten ermordet worden sei. Trotz eines polnischen Arztekollegiums in Polen, dem die preußischen Behörden die Leiche zur Erforschung derodesurteile überlassen hatten, feststellte, daß Panz an Koblenzexplosivgärung gestorben war, wurde die polnische Presse nicht mild, den Toten als Märtyrer des polnischen Volkes und als Opfer der preußischen Minderheitspolitik zu verherrlichen, desto unfehlbar vergossenes Blut nach Norden führte. — Zu dieser infamen Lüge haben die Polen nun eine neue hinzugefügt: Sie haben wieder einmal einen „Korkämpfer der polnischen Minderheit“ in Deutschland mit dem — völlig unverbürteten — Glorieschuh des nationalen Märtyrertums umgeben. Man erinnert sich der Borkfälle in Nikolaien, die im letzten Jahre nicht nur Polen in künftige Aufregung verlegten, sondern auch im Ausland dank der ebenso gesichtigen wie verlogenen politischen Propaganda lauten Widerhall fanden. Schon damals hatten die Polen behauptet, daß die moralische Schuld an den Vorgängen in Nikolaien dem Landrat des Kreises Stuhm, Dr. Zimmer, zuzuführen sei. In den letzten Monaten hat nun eine neue, unerbittliche Heze gegen diesen, den Polen verachteten Landrat eingesetzt. Dabei wird von den Polen die Taktik verfolgt, die Herrschaft nicht in den deutschen Gerichten unterliegenden Polenbund zu töten, sondern in den Blättern jenseits der Grenze voröffentlich. Diese Blätter, die keine Strafen megen, Verleumdung zu belästigen haben, sind seit Monaten damit beschäftigt, das „Schrankensregime“ des Stuhmer Landrats ihrem Lehern in den schwärmerischen Szenen zu schildern, möbliert nicht einmal vor der persönlichen Eute des preußischen Landrats und seiner Gattin holtgezogen wird; namentlich die leidete wird in der geheimen und schrengsteiglichen Weise beschimpft und verhöhnt. Allen voran machte natürlich wieder der „Kurier Posenjaki“ die Sache aus, ein Artikel gebracht, vor dem alles, was dieses Blatt bis dahin über den Landrat Zimmer zusammengelegen hatte, verblaßt. „In so kritischer und doch den Landrat in Stuhm, Zimmer, zu Sode aseptifat, weil dieser die polnische Sprache nicht austraten wollte.“ Au dieser ungewöhnlichen Überhöhung, der dann entsprechende Einzeldarstellungen folgten, ist auch nicht ein wahres Wort. Wahr ist vielmehr, daß den deutschen Katholiken, die die große Mehrheit bilden, in Nikolaien seit Jahr und Tag in ihrer religiösen Betätigung durchdringendstürmische Schwierigkeiten bereitet wurden, daß von den politisch gehirnten Ortspastoren Springer fast ausschließlich polnische geistliche und Predigten gehalten wurden. Nach jahrelangen Bemühungen gelang es den Katholiken vor einiger Zeit endlich, wenigstens eine paritätische Verhandlung in der Kirche durchzuführen, so daß die Gottesdienste jetzt in gleicher Zahl deutsch und polnisch abgehalten werden. Zußtig erkrankte in derfeilen Zeit, in

der dies geschah, der Pfarrer von Nikolaien, ein alter, schon seit Jahrzehnten krankhafter Mann. Dieses zußtige Zusammenstreffen zweier voneinander ganz unabhängiger Ereignisse gab nun dem „Kurier Posenjaki“ den Anlaß zu einer unglaublichen Heze, indem er einen erschöpfenden Zusammenhang zwischen der erwähnten Änderung in der kirchlichen Seelsorge und der Erkrankung des Pfarrers erdrückte und darüber hinaus dessen Krankheit auf die persönliche Gewalttätigkeit des Stuhmer Landrats zurückführte. Damit nicht genug: die polnische Presse berichtete sogar, daß der Pfarrer Springer nicht nur erkrankt, sondern an den Sorgen der „Gewalttäters“ des „polenfeindlichen“ Landrates gestorben sei. Unter dem 28. April brachte der „Dziennik Pomorski“ einen Artikel unter der Überschrift: „Neue Barbarei in Nikolaien“, der mit der unglaublichen Selbstbehauptung beginnt: „Es ist bekannt, daß der Stuhmer Landrat die moralistige Verantwortung für den Tod des Pfarrers in Nikolaien trägt.“ Was ist aber in Wirklichkeit geschehen? Der Pfarrer Springer ist gar nicht gestorben! Er lebt als neu ernannter Komendarius seit einiger Zeit in Berlin. Sein Märtirertod wurde von der polnischen Presse also frei erfunden! Weder hat sich der Pfarrer Springer veranlaßt gegeben, seinen Tod in der polnischen Presse zu demonstrieren, noch hat der Primas von Polen, Kardinal Hlond, der vor kurzen einen Aufruf zur deutsch-polnischen Freundschaft veröffentlichte, seinen Einfluß geltend gemacht, um diesen gemeinen Lügen der polnischen Blätter ein Ende zu machen, noch hat die polnische Presse selbst ihre Meldungen richtiggestellt. Sie würde sich damit ja auch um den beschäftigtesten Erfolg ihrer Hetznahten bringen, um den Erfolg nämlich, daß in der polnischen Bevölkerung eine baufüllige Radikalismus gegen die „brutale preußische Herrschaft“ erzeugt worden ist, die jedes Mittel zur Vernichtung des Gegners aufweist. Gibt es keine Städte in Deutschland, die diesem schändlichen Krebsen Einhalt gebieten kann? Hält sich das Auswärtige Amt nicht für verpflichtet, die aufs schändlichste angegriffene Eute eines höheren preußischen Beamten in Schuß zu nehmen? Der polnische Außenminister Zielenzki ist in Bonn einen Vorablog zur „moralistischen Absturz“ der Wölker unterbreitet, in dem u. a. auch die Forderung aufgestellt wird, daß die Staaten sich verpflichten sollten, durch eine entsprechende Ausgestaltung ihrer Strafgesetzgebung dafür zu sorgen, daß die Presse keine faßlichen und gefälschten Nachrichten verbreite, die gezeigt, daß das gute Einnehmen der Wölker zu Stören. Vor dem Gesetz Forum hätte der deutsche Vertreter Gelegenheit, die polnische Heze gegen den Landrat von Stuhm zur Sprache zu bringen und von den polnischen Außenminister zu verlangen, daß er erst im eigenen Hause für Ainstand und Wahrheit sorgt, ehe er sich erdreistet, den Anderen moralistische Vorhaltungen zu machen.

## Fällt Raczmarek?

Es scheint ja, als sollte der Mißserfolg der polnischen Minderheit bei der preußischen Landtagswahl am 24. April d. J. das „System Raczmarek“ erschüttern. Dr. Raczmarek, der Leiter des „Bundes der Polen in Deutschland“, ist der Südbund, dem alle Segner des Pöhlkligers, als dessen Vertreter in Deutschland Raczmarek gilt, die Schuld an dem Wahlverschlag anhängen wollen. Die christlichen Demokraten und die Nationaldemokraten in Polen und die vorwiegend demokratischen oppositionellen Gruppen in der polnischen Minderheit in Deutschland hielten sich in der Sorderung zusammen: „Zort mit Raczmarek!“ Der nationaldemokratische „Kurier Posenjaki“ bekämpft sich bitter darüber, daß Raczmarek den „föderativen und läufigtigen“ Jan Baczkowski, den Generalsekretär des Verbands der polnischen Schule in Deutschland, gänzlich an die Wand gedrückt habe. Der „Dziennik Pospolit“ läßt sich unter der Überschrift „Dr. Raczmarek muß zurücktreten!“ u. a. das polnische Lager in Deutschland für das muß man mit Schmerz beobachten, stark geschockt, iron der „Diktatur“ des Dr. Raczmarek, eines jungen, eingeschüchterten Menschen, der alten, verdienten Südbundern des Polenbund verfeindet hat. Zur Opposition findet nicht nur die Berliner übergegangen, die sich unter der Schirm des „Glos Polski“ gruppieren, sondern auch die Polenbauer aus dem Marienburgischen Land und einige 10.000 (?) Mitglieder der katholisch-polnischen Organisation des „Verbandes der gesetzlichen Hilfe“ in Westfalen mit dem „Pater Stanislaus Mackowiak“ an der Spitze. Herr Raczmarek sollte aus der Wahlniederlage die Konsequenzen ziehen und zurücktreten. „Schwester Wohltheil“ führt auch der erwähnte „Glos Polski“ Berlin“ gegen den armen Raczmarek auf. Während der gehörigste „Regierung“ des Dr. Raczmarek wurde nicht um ein Eisenkappel unmittelbar verhängend, sondern es wurde auch das moralistische Kapital unmittelbar, wodurch die polnische Pöhlkligantheit (h) in Deutschland in Form von dem im Jahre 1924 für die polnische Oste im ganzen Reich abgegebenen 112.000 polnischen Stimmen und über 50.000 Stimmen im Oppeln Schlesien (s. Deutlich-Östereich) im Jahre 1928 verfügte. Leider verstand der unfehlbar und allzu eingeschüchterte Raczmarek nicht einmal, die Jugend an sich zu ziehen. Der „Glos Polski“ will dem „diktatorischen Drange“ des Dr. Raczmarek ein Ende bereitstellen; er will, wie er patetisch

ausruft, „die Befreiung des polnischen Volkes von dem Joch der Diktatur des Dr. Raczmarek und seines bepdhtlichen Rüchte vom Landesverband III“ (s. b. vom Landesverband Berlin des Polenbundes). Er fordert „Selbstverwaltung der sozialen Arbeit in dem einzelnen Landesteilen bei einem Zusammenarbeiten auf dem Gebiete der Kultur, der Bildung und Wirtschaft, einem Zusammenarbeiten, das die ganze Volksfamilie (h) in Deutschland erfüllen würde.“ Leider verzerrt der „Glos“, was er unter dieser Formel praktisch versteht. Es liegt ja aus, als ob hinter der ganzen Schauspielerei Kritik, die der „Glos“ am Süden Raczmarek seit Monaten und jetzt nach den Wahlen mit verstärktem Rachebohr abt, nichts anderes als der Drang zur Satterkrise steht! Auch die Presse der „Schule der Christlichen Demokraten“, insbesondere die „Polonia“ Worfant, seit ihrer Angriffe gegen den Polenbund fort, dessen Unfähigkeit, wie sie meint, ausschließlich auf der Erfolge beruht, daß er völlig im Jahrwasser der moralistischen Säuberung des Pöhlkligers schwimmt. So bringt die „Polonia“, die anonyme Aufschrift eines „Oberbewohner“, in der es u. a. heißt: „Ein sonder Punkt im Oppelner Schlesien (h) ist der Mangel an einer unabdingbaren politischen Zeitung, die dem polnischen Volke die unverzichtbare Wehrheit zeigen würde. Es fehlen uns unverzüglich politische Schäfer, und ich hoffe, daß wir, solange der Polenbund in feierst jetzigen Zustand einsetzt, der entzweide Sektion in den Angriffswogen des polnischen Volkes in Oppelner Schlesien sein wird, bei allen folgenden Wahlen Zeugen eines Rückgangs und nicht einer Zunahme der polnischen Stimmen sein werden.“ Wird sich das „Südum Raczmarek“ gegen diese aus allen möglichen Lagern kommenden Angriffe befreudigen können? Sicherlich wird Raczmarek diesem Drucke weichen und von seinem Polen in der Polenbundstruktur zurücktreten müssen. Es ist aber doch sehr fraglich, ob sich dadurch an der aufsteigenden Entwicklung der polnischen Minderheit in Deutschland, wie sie in den letzten Wahlen zum Ausdruck gekommen ist, etwas ändern würde. Die tiefsten Gründe des Rückgangs liegen doch ganz wo anders; sie werden auch dann nicht beseitigt werden können, wenn die leitenden Kreise des Polenbundes nicht mehr dem Sonderregler angehören, sondern den nationaldemokratischen und christlich-demokratischen Kreisen entstammen, die beide als die allein befähigten Retter der „polnischen Volksgefamilie“ in Deutschland ansehen.

# Die Polenplage in Deutschland.

Bei einer an einem Stichtag vorgenommenen Zählung der von der preußischen Landeskriminalpolizei geführten ausländischen Deporten ergab sich, daß von rund 370 im Reich sich aufhaltenden Deporten allein 370 polnische Nationalität sind. Die Überflutung Deutschlands mit polnischen Jähnflüchtlingen ist demnach sehr groß. Es zeigt sich, daß polnische Soldaten den westlichen Weg und ihren Aufenthalt mit Vorliebe in Deutschland wählen. Es handelt sich bei diesen Deporten um Leute, die den deutschen Polizeibehörden einwandfrei als Jähnflüchtlinge bekannt sind und aus irgendeinem Grunde gefangen werden. Überblicksartig sind in diesen Zahlen jähnflüchtige Deporten, die sich unter falschem Namen und falscher Angabe ihres Verlaufs im Reich aufhalten. Eine Auslieferung erfolgt, sofern sie sich nicht gemeinsam verbrechen schuldig gemacht haben, mehrheitlich nicht. Außer diesen 370 werden etwa 40 weitere polnische Deporten gefangen, die ausgewiesen sind, aber das Reichsgebiet noch nicht verlassen haben. Je 10 polnische Deporten sollen festgenommen oder beobachtet werden. 30 Polen sollen vernommen werden. 15 polnische Rekatakte haben vor ihrer Einberufung die Landesgrenze überschritten. Die große Zahl von 370 gefangenen polnischen Deporten gibt also zu großen Bedenken. Meistenteils sind es junge Leute, die im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts geboren sind. Die Zahl der in Deutschland gefangenen tschechischen Deporten beläuft sich auf 369. Weiterhin werden 97 Fremdenlegionäre gefangen. Die Polizeibehörden fordern dann noch nach 27 französischen, 16 jugoslawischen, 16 rumänischen, 7 ungarischen, 5 kroatischen und italienischen Jähnflüchtlingen.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, einmal auch auf eine andere, wenig erfreuliche Erscheinung hinzuweisen. Hin und wieder sprechen auch heute noch bei dieser oder jener Stelle im Reich junge Leute vor, die dort erzählen, daß sie Polen verlossen hätten, um nicht im polnischen Heere dienen zu müssen. Sie fühlen sich dabei als Märtyrer der nationalen Sache und halten sich daher für beredsam, die Hilfe der ausländischen Organisationen bei der Beschaffung eines geeigneten Arbeitsplatzes oder auch einer direkten Unterflüchtung in Anspruch zu nehmen. Sie wollen also dafür noch belohnt sein, daß sie nicht nur vom polnischen Heere desertiert sind, sondern auch den Deutschesporthafen, auf den sie ihre Heimatberichtigung in Polen gefehlt hat, verlassen haben. Wenn alle Bauern, Gutsbesitzer, Pfarrer, Lehrer usw. und ihre Söhne wegen der Militärfreiheit abwandern wollten, was bliebe dann noch vom Deutschtum übrig? Die gewiß verständliche Abweigung gegen den Dienst im polnischen Heere ist kein Grund zur Abwanderung und gibt kein Anrecht auf den Empfang reichsdeutscher Hilfe.

Bedenktlich ist es vor allem, daß die Vereinheitlichten Stellen zur Unterstüzung Jähnflüchtlicher auch von Elementen ausgenutzt werden kann, die die ganz andere Gründe zum Verlassen Polens maßgebend sind, als die Abneigung gegen das polnische Militär oder der Glaube, daß es sich mit dem deutschen Nationalbemühen über vereinbarten habe, die Heimat zu verlassen, als gesammelt im Herre einer feindlichen Macht zu dienen. Es gibt unter diesen Jähnflüchtlingen, die schon wiederholt festgestellt werden konnte, auch solche, die von Polen selbst vorgeschoben werden, um unter den Deckmantel politischer Flüchtlinge reichsdeutsche Hilfe zur Existenzgründung in Deutschland in Anspruch zu nehmen, sie haben in Industriebetriebe, um dort im kleineren oder größeren Stile Wirtschaftspraktikone für Warschau zu treiben; sie dienen als Zwischenträger national-polnischer Grundsätze in den Grenzgebieten, um auf diese Art das Potentat in den deutschen Randprovinzen zu stärken. In früheren Jahren sind solche Vertriebene auch als Optanten nach Deutschland gekommen. Sie haben sich dann nochenlang in Flüchtlingslagern unterhalten lassen, dort unter denen, die wirklich wegen ihrer deutschen Gesinnung von Haus und Hof vertrieben werden waren, die Unwissendheit mit den unzureichenden Hilfsmitteln der deutschen Behörden geführt und schließlich nach einer Entschädigung für ihr in Polen „liquidiertes“ Eigentum von Deutschland abgegangen. Da sie deutsch sprachen, gegen ihre Ausweise nichts einwenden war und der Name kein brauchbares nationales Erkennungszeichen ist, erregten sie zunächst keinen Verdacht. Eine Vereinigung zwischen den Unglücklichen, die der polnische Hof aus ihrer Heimat vertrieben hat, und diesen vorgetäuschten politischen oder polonisierten Elementen ist natürlich sehr schwer. Daß sie aber vorhanden sind, haben manche Beispiele auch bei der Errichtung der polnischen Kinderheimeschule in den Grenzgebieten gezeigt, wo es vorgekommen ist, daß Vertreterne, die vorher deutsche Hilfe in Anspruch genommen hatten, diese Kinder nunmehr in die polnische Schule schickten. Solche Säume darf man bei aller Anerkennung, die der Notwendigkeit einer ausreichenden Hilfe für die Vertriebenen zu stellen, nicht übersehen. Bei der Roffintheit, mit der die Polen in ihrer Bevölkerung Deutschlands in Werke gehen, ist in jedem Soll's Vorlese gegeben. Sie darf nicht so leicht gehen, daß denen, deren Leben wirklich durch die polnische Gewaltpolitik zerstört worden ist, die gerechte Unterstüzung vorerhalten wird.

Welches Folgen die Aufnahme polnischer Elemente in Deutschland zeitigt, mag nur ein Beispiel — eines unter vielen — zeigen: Nach zweitligiger Verhandlung verurteilte das Stettiner Schiedsgericht kürzlich den 24 Jahre alten Polen Jakob Matzoldt wegen Totschlags und schweres Diebstahls unter Einbeziehung eines gegen ihn in Stettin bereits verhängten Urteils zu einer Gesamtstrafe

von 15 Jahren Zuchthaus, Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre und Sanktion unter Polizeiaufsicht, sowie den 26 Jahre alten Polen Theophil Pietroniuk wegen Totschlags und schwerem Diebstahls gleichfalls unter Einbeziehung eines gegen ihn in Stettin verhängten Urteils zu einer Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus und Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 7 Jahre. Die Angeklagten befreit sich mit dem vor wenigen Wochen in Polen wegen Sicherung eines polnischen Grenzposten in Polen hingerichteten Stanisław (Frankowski) zusammengeholten und auf den Chauffeur Autos angehoben und die Insassen ausgelöscht. In den Abendstunden des 9. Januar dieses Jahres wurde die Bände auf der Chauffeur in der Nähe von Cottont in der Gegend von Stettin von zwei Landjägern angehalten. Dabei wurde Landjäger Krüger erledigt. Die Bände konnte zunächst entkommen, wurde aber später, als auf Franko, der nach Polen flüchtete, festgenommen. Vor Gericht beobachteten die Angeklagten sich gegenseitig, die tödlichen Schüsse abgegeben zu haben. Bei der Verhandlung ergaben sich genaue Einzelheiten über das Räuberleben, das die Bände lange Zeit auf pommerischen und mecklenburgischen Landstrichen geführt haben. Der Staatsanwalt hatte gegen beide Angeklagte wegen vorstehender und überlegten Mordes die Todesstrafe beantragt.

In welcher Weise sich polnische, meist sehr verdächtige Elemente überwegen auch noch aus den Mitteln unterhalten lassen, die von deutschen Steuerbehörden aufgebracht werden müssen, bemerkt nachstehend: Zahlen: Im Jahre 1929 wurden in Berlin 2164 Ausländer und 495 Staatenlose mit 776 369 Mark aus öffentlichen Wohlfahrtsgeldern unterstützt. Diese Summe ist im Jahre 1930 auf 1236 517 M. um, die an 365 Ausländer und 916 Staatenlose verteilt wurden, geflossen. Unter den unterstüfteten Ausländern stehen die Polen das Hauptkontingent: im Jahre 1930 wurden 875 Polen in Berlin wohlfahrtsunterstüft. Dies ist die Summe, die allein von der Berliner Wohlfahrt an Ausländer und besonders an Polen verteilt werden. Wenn man eine entsprechende Statistik für das ganze Reich aufstellen würde, dann würde man vermutlich zu einer ganzen Reihe von Millionen Mark gelangen, die Deutschland alljährlich für die Unterhaltung von Leuten ausgibt, die im Interesse der deutschen Volksgesundheit umgedreht dorthin abgeschoben werden müssen, wie sie hingehören. Mit einem solch kostspieligen und gemeinschaftlichen „Sozialismus“, wie er aus den ermächtigten Berliner Zahlen spricht, muß endlich und gründlich aufgeräumt werden. Gerade Polen gegenüber hat Deutschland keine Verantwortung, in dieser Hinsicht ein solich unangenehmes Entgegenkommen zu zeigen.

Auf dem früheren Truppenübungsplatz Hammerstein wurde ein Umweltungskarthus freiwilliger Arbeitskräfte veranstaltet, der den Zweck hatte, Süßer landwirtschaftlicher Arbeitskräfte auszubilden. Der Kursus, zu dem etwa 250 Männer aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengezogen waren, sollte Süßer ausbilden, die mit Arbeitsgruppen von 10 bis 15 Mann aufs Land gehen und dort die Arbeit der ausländischen und Sozialen Arbeit übernehmen. Es sollte den Mangel landwirtschaftlicher Arbeitskräfte im Osten abheben und arbeitslosen Volksgenossen aus den Städten neue Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Lande geben. Diese im allgemeinen Bevölkerungslage liegende Arbeit war durch die Bemühungen des Vereins zur Umweltung freiwilliger Arbeitskräfte ermöglicht worden, der die notwendigen Mittel zur Durchführung bereitgestellt hatte. Der Verein arbeitet in engem Einvernehmen mit den Landwirtschaftskammern der östlichen Provinzen. Der Arbeitsmarkt wird dadurch in keiner Weise belastet, da durch den Ausfall der ausländischen Sozialarbeiter, von denen im vergangenen Jahr noch über 60 000 in Deutschland beschäftigt wurden, in diesem Jahr ein Mangel an geschulten Landarbeitern erwartet wird, der unter Umständen die Bevölkerung und damit 1932 gefährden könnte.

## Drei polnische Lehrer ausgewiesen.

Der Regierungspräsident von Posen hat drei im Kreise Bütow ansässigen Lehrern an polnischen Minderheitsschulen die Unterrichtserlaubnis entzogen, weil sie ihr Gottesrecht in Deutschland nicht so ausgeübt hätten, wie es für einen Sohn notwendiges Gotteskenntnis entspricht. Da mit dem Totsfall der Unterrichtserlaubnis zugleich der Grund für den Aufenthalt der drei polnischen Lehrer in Deutschland fortfällt, hat der Landrat des Kreises Bütow den drei Gesandten die Aufenthaltsverbotserlaubnis entzogen. Daraufhin haben sie, wie jetzt bekannt wird, noch vor dem Pfingstfest Deutschland verlassen und sind nach Polen zurückgekehrt.

## Wechsel im Schneidemüller Polenkonsulat.

Der vorjährige Konsul in Schneidemühl, Dr. Kazimierz Szwarcenberg-Szyszyna, hat seinen Polen am 30. April wegen Verlustes in das Auswanderministerium in Warschau verloren. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige erste Sekretär an der polnischen Gesandtschaft in Rio, Jarosław Smigajewski, berufen worden. Dr. Szwarcenberg-Szyszyna hat das Konsulat in Schneidemühl vier Jahre lang, vom 1. April 1928 an, geleitet.

# Polen verweigert die Durchführung des Liquidationsabkommens.

Die Reichsregierung hat die Aufführung des in deutsch-polnischen Liquidationsabkommen vom 31. Oktober 1929 dargelegten Schiedsgerichts befohlen, um ihm die Meinungsverschiedenheiten zu unterstellen, die zwischen den deutschen und den polnischen Stellen hinsichtlich der Auslegung des Abkommens entstanden sind und auf diplomatischem Wege nicht haben beendet werden können. Man hat sich deutschseits bereits mit Warschau in Verbindung gesetzt, um die Bildung des Schiedsgerichts in die Wege zu leiten. Nach Art. 4 des Abkommens wird von jeder Partei ein Schiedsrichter ernannt. Der neutrale Vorstand des Schiedsgerichts wird von den beiden nationalen Schiedsrichterparteien gewählt, in Erweiterung einer Einigung auf Eruchen der Parteien vom schweizerischen Bundespräsidenten bestimmt.

Die Auslegungsstreitigkeiten betreffen in der hauptsächlichen drei Fragekomplexe: Erstens mit von der polnischen Regierung die Auszahlung der rückständigen Schäfte für die vor dem Stichtage des Abkommens bereits durchgeführte Liquidationen reichsdeutschen Eigentums unter Verlust auf das Abkommen verweigert. Es handelt sich, in denen der Liquidationsreihen der Entschädigungsberichtigten aus verschiedenen Gründen rechtlich nicht oder nicht in vollem Umfang ausgestellt werden konnte. So wurde von der polnischen Regierung verhältnismäßig der Wert der ein Liquidiertes Grundstück bestehenden Hypotheken vom Ersten Kriegsgefechten, wofür dann der Enteignete nachträglich die Leinenzitete bereits erfolgte Abtragung der Hypothek nachweisen konnte. In anderen Fällen wurde wegen Abhängigkeit des Enteigneten oder etwa bei Mitterbergenmehrheit bis zur Klarstellung der Person des Entschädigungsberichtigten

der Schäfes beim Gericht hinterlegt. Nach deutscher Auffassung sind diese rückständigen Beträge an die liquidierten Eigentümer heute noch auszuzahlen, da sie keinesfalls unter den „Bericht auf finanzielle Ansprüche deutscher Staatsangehöriger“ fallen, wie er im Art. 2 des Liquidationsabkommens vom Deutschland ausgesprochen worden ist.

Sodann meistertisch Polen die Entschädigungen der reichsdeutschen Ansprüche und Domänenpächter weiter zu zahlen, die durch das Annulationsurteil von 1920 aus ihrem Besitz vertrieben wurden. Die Entschädigungsansprüche der polnischen Regierung entsprechend einer Entscheidung des Haager Schiedsgerichtsgerichts vom 10. September 1921 aufgestellt worden. Es liegen hier demnach rechtlich klarstellende Ansprüche vor, die unter dem Bericht des Art. 2 ebenfalls nicht einbezogen werden können.

Die dritte Gruppe der strittigen Rechte liegt auf die Auslegung des Art. 3, wonach Polen auf Liquidationsrechte, sofern sie bis zum 1. September 1920 nicht rückständig noch im Besitz der deutschen Eigentümer befanden. Es liegen nun Fälle vor, in denen reichsdeutsche Eigentümer ihre Besitzungen noch durchgeführte Liquidation vor dem Stichtag haben verloren müssen, die Enteignung aber jetzt vom Oberverwaltungsgericht in Warschau wegen Formfehler aufgehoben ist. Nach polnischer Auslegung des Art. 3 unterliegen auch diese Besitzungen der Liquidation. Die Reichsregierung verlangt demgegenüber die Rückgabe der betreffenden Güter, weil sie am Stichtag des Abkommens zwar nicht mehr im Besitz der Eigentümer standen, diese aber auf Grund eines als nichtig erkannten Verfahrens weggenommen waren.

## Neues aus Polen.

### Angriff auf die Autonomie Osthörschlesiens.

Das Urteilshof des Staatspräsidenten von 14. Mai ist der osthörschlesische Sejm auf unbestimmte Zeit geschrifft worden. Das Regierungsamt „Polska Siedziba“ künftig gleichzeitig an, doch in allernächster Zeit eine grundlegende Reorganisation des Sejms „in Sejte und im Interesse der Wirtschaftspolitik“ erfolgen wird. Die Schließung ist als Soll der Konflikts zwischen den Abgeordneten der Regierungsparteien und dem Sejmsschlossherr Woyly angesesehen. Der Sejmsschlossherr hatte während eines Urlaubs einen Abgeordneten der Konservativen mit seiner Vertretung beauftragt. Die Vertreter der Regierungsparteien haben sich daraufhin aus dem Sejmsschlossherrn zurückgezogen und gleichzeitig angekündigt, dass der Sitzung des osthörschlesischen Sejms bald ein Ende bereitet werden würde. Diese Drohung ist nunmehr Wahrheit geworden, und zwar wurde vor der Verabschiedung wichtiger Gesetzesvorlagen.

Die Schließung des osthörschlesischen Sejms ist ohne Angabe der Gründe erfolgt. Das Organ Konsysts, die „Polonia“, bemerkte hierzu, es seien zwar weder der polnische Staatspräsident noch die Zentralregierung in Warschau verfassungsrechtlich verpflichtet, in der betreffenden Verfügung die Gründe für die Schließung anzuführen, nach Anfuhr des Blattes wäre aber eine Motivierung der Verfügung mit Rücksicht auf die erreichte Stimmung in der Bevölkerung Osthörschlesiens politisch Notwendigkeit gewesen. Auf jeden Fall bestätigte sich der Eindruck, dass im Regierungslager diejenigen Strömung gegenwärtig die Oberhand gewinnt, die für eine Auseinandersetzung der Sejlesischen Autonomie oder zum mindesten für ihre praktische „Außerberichtigung“ eintreten. Die „Polonia“ verzeichnet auch die Gerüchte, dass die Zentralregierung eine unmittelbare Verlegung des Autonomiegebietes beabsichtige, um das neue Schuljahr, das im übrigen Polen mit Beginn des Schuljahrs 1932/33 zur Anwendung gelangen soll, ohne Beprägung des Schlesischen Sejms auch in Osthörschlesien in Kraft zu setzen.

### Die Rache des Galiziers.

Vor geruher Zeit wurden der Bergwerksdirektion des Güters von Plesz plötzlich umfangreiche Kohlelieferungen für die polnische Staatsbahn entzogen. Bei aus jenseits Plesz auftretendem Auftragsmengen liegen sich Förderungseinschränkungen und damit Seiterblichkeiten nicht vermischen. Als die Arbeitervororganisationen sich deshalb an die Pleszischen Grubenverwaltungen und diese an den Generaldirektor der Fürstlich Pleszischen Bergwerksdirektion, Dr.-Ing. h. c. Pistorius, wenden, verfuhr dieser ein Schreiben, in dem er erklärte, dass die Verstärkung der Bestrafungen der Staatsbahn auf das Eingreifen des Kattowitzer Wojewoden Dr. Grojanski zurückzuführen sei. Der Wojewode ließ hierauf die Beleidigungsklage aufstrecken, was vor dem Kattowitzer Kreisgericht stellte sich dann auch tatsächlich heraus, dass nicht der Wojewode, sondern eine Abteilung des Wojewodschaftsverwaltung der Bestrafungen befehlsgestellt hatte. Bei diesem kleinen Unterschied hatte sich der Generaldirektor natürlich der „Verteidigung“ des Wojewoden schuldig gemacht. Dieser ließ sich nicht dazu herbei, den Strafantrag zurückzuweisen, und das Gericht ver-

urteilte den Generaldirektor zu 14 Tagen Gefängnis, ohne die sonst mindestens in dem Falle einer ersten Bestrafung wegen eines solchen Vergehen in Polen übliche Umwandlung in eine Geldstrafe zu wünschen. Dies Urteil ist jetzt von dem Obersten Gericht in Warschau bestätigt worden. Es besteht lediglich noch die Möglichkeit eines Gnadenaktes des polnischen Staatspräsidenten, dass Generaldirektor Pistorius vor dem Gefängnis entbunden bleibt. Nach dem Urteil oder gerecht Denkenen würde es freilich eine horre Zutatung an einen so verdienten Mann, wie dem Leiter der Pleszischen Grubenverwaltung, bedeuten, ausgerichtet bei der Regierung eines Volkes von freigelassenen Sklaven um Gnade bitten zu sollen.

Sochlich hat Generaldirektor Pistorius, als er in Wahnenwahn berechtigter Interessen darauf hinnimmt, dass es eben der polnische Nationalismus genennt, ist der Arbeitern Brod und Dobr noch, frojig nicht gehoben. Aber der Will des polnischen Gerichts ist es, einen Mann ins Gefängnis zu bringen, der seit mehr als 30 Jahren an der Spitze einer der größten Industrieverwaltungen Osthörschlesiens steht und an diesem Posten mehr geschafft hat, als selbst dem Dr. Grojanski bisher zu verderben möglich gewesen ist.

### „Polnische Tage.“

In Polen „bürgert“ sich seit einiger Zeit bei den deutschsprachigen Schulen die Einrichtung der sogenannten „Polnischen Tage“ ein. Das bedeutet, dass an diesen Tagen die Lehrer und Schülerlich die polnischen Sprache im Unterricht und außerhalb des Unterrichts bedienen, d. h. bedienen müssen. Wenn diese Einrichtung in irgendeiner Weise von den polnischen Schulbehörden den Schulen „nachgelegt“ wird. Man hat es selbstverständlich vermieden, lehrfachliche Anordnungen herauszugeben, da man sich der politisch unbedeckten Errichtung einer solchen Maßnahme gar entziehen möchte. Die vielfach unter den polnischen Unterrichtsmaßnahmen verächtlichten Schuleiter haben leider in vielen Fällen die Wünsche der Schulstatthalter und Kreisbehörden eingehalten. Besonders wird auf Kongresspolen gernmelt, dass solche jeder zweite Tag „Polnischer Tag“ ist. Schließlich wird das ganze Jahr nur noch aus „Polnischer Tagen“ bestehen. Diese Maßnahme bewirkt ein weiteres Bild in der Reise der Entwicklungsmassnahmen der polnischen Behörden. Die deutschen Kinder, die schon auf der Straße und mit polnischen Altersgenossen überwiegend polnisch sprachen, d. h. sprechen müssen, um nicht bestraft zu werden, werden durch solche Maßregeln immer stärker des Gebrauchs ihrer Muttersprache entzweit. Der ganze Sinn und Zweck der deutschsprachigen Schule wird zerstört, wenn man neben dem starken Unterricht im Polnischen nun auch dazu übergeht, die Umgangssprache der Kinder unterzubringen, wenn auch zunächst nur an bestimmten Tagen, polnisch zu machen.

## Der Ostbund hilft Dir!

Willst Du ihm helfen? Dann wird Mitglieder sein „Ostland!“ Dadurch föderst Du mit uns allen gemeinsame Sache der Ostmark!

## Siedlungs- und Wohnungswesen.

### Kolonien im Osten!

Auf der Elbinger Pflanztagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland sprach Regierungsrat o. D. Möhmann über das Ostfeldungsproblem, er führte in der Hauptrede folgendes aus: Die preußisch-deutsche Siedlungs- und in folgendes aus: Das preußisch-deutsche Siedlungsproblem von 1890 bis 1930 stand in ihrer inneren Kraft und in ihren Erfolgen weit zurück hinter dem geradezu elementaren überwauen deutscher Siedlungskraft in den großen deutschen Wanderbewegungen früherer Jahrhunderte, vor allem des 12. und 13. Jahrhunderts. Diese neuere deutsche Siedlungsarbeit war das Werk der Städte, der klugen und fähigen Bürokratie. Sie wurde nicht nüchtern vorwärtsgetragen von einem sieghaften Ebenwillen des deutschen Volkes. Zieht sieben wir mitten in einer neuen Entwicklung, vor einem Wiedererstarken des kolonialistischen Willens und wirklichen Siedlergeist in unserem Volke. Den Stürmen im europäischen Osten und Süden bot in den letzten 15 Jahren im wesentlichen nur das deutsche Bauerntum in der Ostmark, in Siebenbürgen, im Banat, in Südtirol, in Mähren u. j. standhalten können. Gegenüber der planmäßigen Siedlungsarbeit und Bauernpolitik in allen Nachbarstaaten des Orients, von England und Polen über Litauen und Polen bis weit hinein in die Nachfolgestaaten des Reichs-Ungarns, waren die Erfolge der deutschen Siedlungsarbeit der letzten Jahrzehnte erstaunlich gering. Man schätzt, daß etwa 1½ Millionen Bauernstellen jenseits der deutschen Ostgrenze in der Nachkriegszeit entstanden sind — gegenüber vielleicht 50 000 Siedlerstellen auf preußischem Boden. Von den 1½ Millionen Bauernstellen, die in Staaten Osteuropas geschaffen worden sind, sind zahllose Kleinstellen mit zweischiffriger Lebensfähigkeit enthalten; andererseits dürfte die Zahl der deutschen Bauernstellen mit 50 000 erheblich zu niedrig geprägt sein. Schrift, d. „Ostland“. Gleichzeitig liegt das jämische Volkstum durch seine meist aus großer Geburtenzahl Stark an. Schon jetzt weist Polen mit etwa der Hälfte der Einwohnerzahl des Reiches einen absolut höheren Geburtenüberschluß auf als Deutschland im Jahre 1930: 523 464 gegenüber 415 924; und erstaunendes Statistik berechnet für das Jahr 1960 die Zahl der mittelosteuropäischen Bevölkerung auf vielleicht 176 Millionen gegenüber etwa 250 Millionen, auf die dann die slawische Bevölkerung Osteuropas angemessen sein wird.

Im Osten handelt es sich heute um die Lebensfrage unseres Volkes. Die Aufgaben, die hier erwartet, sind nicht vom Staate allein zu lösen, sie sind Aufgabe des ganzen Volkes, des deutschen Weltens wie des deutschen Orients. Wir haben noch eine so Kraft ungefährdende junge Bauernschaft, eine Landarbeiterlichkeit, die sich überzeugend auch zur bürgerlichen Siedlung durchaus eignet, wie haben in den Nachwuchs der Städte, vor allem der kleineren und mittleren Städte, eine Masse von Menschen, die sicher zum Lande und zur Landwirtschaft drängen. Schon jetzt lebt, nachdem lange Jahrzehnte hindurch die Wanderung in Deutschland ununterbrochen vom Osten nach dem Westen, vom Lande in die Stadt, von den Grenzen ins Innere ging und beispiellos allein die Provinz Ostpreußen in der Zeit von 1875 bis 1925 rund 810 000 Menschen durch Abwanderung verlor, ganz offensichtlich auch doch schon deutlich erkennbar die Wanderung in entgegengesetzter Richtung vom Westen nach dem Osten — als Selbstbehauptung der arbeitslosen und hoffnungslos gewordenen überwölkerten Gebiete des Weltens und Mitteldeutschlands. An geeignetem Siedlungsmaterial wird es auf lange Jahre hinaus in Deutschland nicht fehlen, besonders, wenn es gelingt, ganz allgemein die Gedanken und den Willen der Jugend nach den hoffnungslos überfüllten Röhrischen, auch den akademischen Berufen wieder umzustellen auf den Beruf des Landwirts.

Wir haben mindestens 1 bis 2 Millionen Morgen Land im Osten, das auch durch die Osthöfe nicht in der Hand der bisherigen Besitzer gehalten werden kann und das nur durch die Hand von Bauern aus der Pauer in Kultur gehalten werden kann. Deutsche Menschen und deutsches Land wieder in höherem Maße miteinander zu zusammenbringen, ist die große Aufgabe, die nur in positivem Zusammenwirken staatlicher Maßnahmen und freier Kräfte unseres Volkstums, gelöst werden kann. Der Wiederaufbau des deutschen Ostens in volkspolitischer und in wirtschaftlicher Beziehung ist die große Aufgabe der deutschen Gegenwart.

## Aus der Bundesarbeit.

### Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Münchberg (Mark). Am 8. 5. bildete die Ortsgruppe im kleinen Saale des Hotel „Bären“ ihre Monatsversammlung ab. Vom Vorstande, Lehrer Bösl er, wurde die Verbindung mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnet, die Aufnahme eines neuen Mitgliedes vorgenommen und der Inhalt der vom Bundespräsidenten eingegangenen Amtshandbund und der Eingänge vom 2. Okt. Ostmark bekanntgegeben. Von bürgerlichen Heimatschützern ist festgestellt worden, daß von Polen Kommissarissen ausgerückt und nach Deutschland entsendt werden, die nach Sowje „alter polnischer Kultur“ forschten. Polen will damit Befreiung des Landes fordern. Ein vom L.-B. für das Bundes-

präsidium vorgeschlagene Resolution, den Reichspräsidenten, den Reichskommissar und das Auswärtige Amt zu bitten, den jüngst bekanntgewordenen polnischen Platzplänen um Danzig energisch entgegentreten zu wollen, darf einstimmige Annahme. Beschllossen wurde, die Zeitschrift „Heilige Ostmark“ mit einem Exemplar für die Ortsgruppe zu bestellen. Für den 3. Juni wird ein Autoausflug mit Angehörigen nach Strausberg geplant. Um 11 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Ortsgruppe Sommerfeld. In der Maiabendversammlung im „Gesellschaftshaus“ wurde besonders des Muttertages gedacht, indem der Vorstande, Lehrer Grohmann, über Sinn und Bedeutung dieses Tages sprach. Der Gedanke, der Mutter einen bedeutenden Ehrentag für die Wohl und Wehe eines Volkes von großer, ja ausstehender Bedeutung sei. Das Verteilen, der Mutter ehrend zu denken, soll helfen, die Wände des leider schon arg gelockerten Siedlungslebens wieder fest zu knüpfen und damit zum Wiedereraufstieg unseres Vaterlandes beizutragen; denn die Familie ist die Keimzelle eines Volkes, und nur, wenn diese gehandelt ist, ist es auch das ganze Volk. So soll an diesem Tage die Mutter und ihre Söhne und Soeure mit jahrzehntelanger Arbeit als Hütterin des Hauses und Erzieherin der heranwachsenden Generation gefeiert werden. Daraum soll der Muttertag auch eine Seier der Seele und des Geistes sein; ein Tag des Dankes, der Liebe, der Verehrung, an dem die ganze Familie sich um die Mutter schart; ein Tag auch hilft Gedanken des verstorbenen Mutter, deren Grab mit frischen Blumenkränzen geschmückt wird, ein Tag auch, an dem fürzögernde Freude der alten, einheimischen Mütterchen gespendet, die keine Angehörigen haben, die ihnen diesen Tag stellvertretend feiern könnten. Der Vortragende lobte seine Ausführungen mit einem Appell an die pflichtmäßige Mutter, auch dessen eingedenkt zu sein, daß es ihre Aufgabe und Pflicht ist, den Heimatdank in unsern Kindern nach zu erhalten — Deklamation und der Gesang eines Heimatliedes beendeten den alten Teil der Tagessitzung. Darauf erzählte ein Landsmann in schlichter, natürlicher Art, wie er von der Donau drangereist wurde, als sie die Hörner des Polener Landes wurden. Was er besonders am Anfang seiner dramatischen, nun im Grunde böswilliger Beobachtungen erfolgten Gefangenenschaft an heiligen Toten erlitten hat, gilt einem wahren Martyrium. Terror und Rechtsbruch der Obrigkeit des Deutschen Reichs gegenüber uns ist noch heute an der Gesetzesordnung, wie das jüngster Teil beobachtete die Beobachtung der „Mannen in der Börse“ beweist, wortlos der Vorstande die Beobachtung der „Ehrenamtlichen“ sprach und beobachtete, daß vor einigen Tagen in Memel nicht weniger als 24 deutsche und nur fünf litauische Abgeordnete zum Landtag gewählt worden seien. Wahrlich ein untrüglicher Beweis dafür, daß das Memelland deutsch ist und die Rückkehr dieses Landes zum Deutschen Reich vollaus begründet ist. — Mit beobachteten Nachdruck sprach der Vorstande von den großen Erfahrungen, denen Danzig seitens der Polen ausgesetzt ist, und wie hin auf den geplanten politischen Handkreis, der erst in jüngster Zeit durchdrückt wurde, daß Frankreich davontrat. Da einer Verbefehlung Danzigs ganz wahrscheinlich ein Angriff auf Opreich und möglicherweise auf Vorholz auf die Oderlinie folgen würden, wurde von der Versammlung folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes in Sommerfeld bittet das Präsidium des Deutschen Ostbundes, sofort bei dem Herrn Reichspräsidenten, dem Herrn Reichskommissar und bei dem Auswärtigen Amt gegen den geplanten politischen Angriff gegen Danzig, wie überwahrt gegen die dauernde polnische Bedrohung der Ostgrenze läblicher Einbruch zu erheben. Polen muß als Friedensstöter Europas vor der ganzen Welt gebrauchsmäßig werden. Die Entschließungen über die politischen Absichten haben in der Ostmark eine Panikstimmung erzeugt und wirken läudlich auf den gegenwärtigen Reicht der Wirtschaft im Osten.“ Es wurde noch beschlossen, der freundlichen Einladung der Forster Ortsgruppe zum Besuch des Rosengartens auf der Wehrinsel am Sonntag, den 26. Juni, im Auto Folge zu leisten.

### Landesverband Pommern.

Der Ortsgruppe Anklam ist es gelungen, eine Jugendgruppe ins Leben zu rufen, die bereits 23 Mitglieder aufzuweisen hat. Herr Lehrer Bünke hat in dankenswerter Weise die Führung übernommen. Am Himmelfahrtstag beteiligte sich die Jugendgruppe an dem Ausflugstest der Ortsgruppe Eorgelow nach der Forster Drögenbörde.

Die Ortsgruppe Eorgelow unternahm am Himmelfahrtstag einen Ausflug nach der Forster Drögenbörde (Forster Jäger, früher Polen-Eichwald). Die Mitglieder und Gäste erhielten dort für einen geringen Preis Kaffee und ein sehr gutes Mittagessen. Trotz der kühlen Witterung war eine starke Teilnahme zu verzeichnen. Auch von den Ortsgruppen Pöwelkow, Egeleben und aus Stettin (vom Landesverband) waren Gäste erfreut. Der ehrfürchtig ins Leben gerufene Jugendgruppe Eorgelow unter Führung des Jungpoltmärkters Gerhard Schäferberg hatte auf der Wiese eine Freilichtbühne errichtet und brachte das Polenspiel „Jahrmärktsumzug“ zur Aufführung. Das lebendige und natürliche Spiel des Jungschauspiels das Publikum derart mit sich, daß am Schluß der Vorstellung bei alt und jung wirkliche Jahrmärktstimmung herrschte. Am Nachmittag brachte der Forster Männergesangverein Eorgelow Frühlings-Walz- und Liebeslieder zu Gehör, die ebenfalls starken Anklang bei allen Anwesenden fanden.

## Landesverband Ostpreußen.

Ortsgruppe Neidenburg. In der Versammlung am 30. April wurde Herrn Göring die Ehrengabe dasam vom Vorstand unterzeichnete Verleihungsabzeichen ausgebildigt. Über den Stand der Entschädigungsfrage wurde abgerichtet, die letzte Frage wurde eine das vom Bundesversammlung gerichtete Entschließung gefasst. Die außerordentliche Lage, der wir in unserem befindet bekräftigten Grenzkriegsangriffen zu gelingt uns zu verlangen, daß die Regierung bestehendes Mittel für Verfügung steht, damit wird endlich eine angemessene Entschädigung erhalten. Das seiner Zeit errichtete Kriegsabendehnungslehr, das doch nur ein Arbeitsfeld war, muß eine gerechte Anerkennung erhalten, ebenfalls fordern wir die volle Auszahlung der Emigrantenhäuser-Entschädigung. Unsere Exzesse steht auf dem Spiel, ein Teil von uns hat die Fehler verloren und ist darüber noch größerer Rolle verfallen. Der Bundesrat sprach mir für die für uns bisher geleistete, unendlich mühsame Arbeit unseres herzlichsten Dank aus und hoffte dringend, unsere Forderungen mit allem Nachdruck auch weiterhin zu vertreten.

Die Ortsgruppe Röbel-Müritz hatte in ihrer letzten Versammlung ein aus Holz gefertigtes Modell des Brückentors in Thorn aufgestellt, das als Sammelschätz für Zwecke der Unterstützung deutschen Volksstums im Osten gedacht ist. Für dieses Jahr sollen die Sammlungen der Deutschen Bühne in Thorn zuließen. In Versammlungen und Veranstaltungen des Oktobnus wird stets zu Sammlungen angeregt werden, und auch die kleinste Gabe dürfte hier ihren Zweck erfüllen.

## Landesverband Freistaat Sachsen.

Ortsgruppe Dresden. In der im Italienischen Dorfchen am 8. April von dem 1. Vorstand, Herrn Oberstabsarzt i. R. Stroh, geleiteten Versammlung gab dieser einen Überblick über die politische Lage. Er wies auf die Ursachen der Entstehung des Memel-landes hin. Von den 164 000 Einwohnern des heutigen Memellandes gaben 1910 48 v. h. Litauisch als Muttersprache an, was aber kein politisches Glaubensbekenntnis bedeutete. Denn alle führen sich als gute Preußen. Aber aus der Statistik der Volkszählung von 1910 wurden unheilvolle Worte während der Verhandlungen in Versailles. Sie gaben den Vorwand, unter dem uns das Memelland geraubt wurde. Eine abschließend verhängnisvolle Rolle spielt die Statistik über die Sprachverhältnisse in Westpreußen und Polen. Sie wurde von den Feinden benutzt, um uns den Weißrusslandkorridor und Polen zu nehmen. Redner bedauerte ferner die Haltung der deutschen Regierung, die imuge der Aufarbeitung erfolgende genossische Beleidigung des Memellandes durch litauische „Zweifelhafte“ nicht durch gleichartige Mittel entzog. Leider hat auch jetzt bei Beobachtung der neuen Gesellschaftsordner der Litauer die deutsche Regierung nicht denken gefunden, mit dem von osteuropäischer Mentalität entgegentreten zu müssen. Der Deutsche Oktobnus erwartet deshalb toskräftigstes Eintreten der deutschen Reichsregierung für die Rechte der Memelländer. — In 2. Teil der Versammlung bei Herr Oberstabsarzt lehrer Habschek einen ausschlußlosen Vortrag über „Die räumlichen und wirtschaftsgeographischen Grundlagen der großen Mächtegruppen“. Diese fünf Mächtegruppen sind: Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, das britische Weltreich, Japan, Russland und das französische Weltreich. Redner zeigte in großen Zügen die Entstehung der Union (U. S. A.) und ihren Aufstieg zu Großmacht und Weltreich. Erst vor etwa 150 Jahren zur Selbständigkeit und zum sozialistischen Polen gelangt, ist sie 1897 im spanisch-amerikanischen Kriege durch den Erwerb der Kolonialländer Cuba und Philippinen und später noch durch den Erwerb von Guam und Hawaii und das Protektorat über Panama zu einem Weltreich geworden, das sich aus ungeheurem Bereich von Kohlensäure und Bodenschätzen aufbauen konnte. Einen anderen Charakter zeigt das britische Weltreich, ein Weltreich des Handels, durch Siedlungsschlüsse geschaffen. Rings um den Indischen Ozean wurde ein britisches Raumreich errichtet. Der mondäne Krieg hat die Macht der Welt auf das Weltreich in Formen, Japan, gebracht. Sein politisches Weltreich gibt ein Beispiel, wie ein überwölktes Land sich ausbreiten. Die Karalien, Formosa, Korea und jetzt die Mandchurie sind die Stütze zum Weltreich, dem nun auch die genossigen Bodenschätze Chinas hinzugebracht werden sollen. Russland ist ein reines kontinentales Weltreich, dessen riesige Gebiete durch die 100 000 km lange transsibirische Bahn verbunden werden. Das fünfte Weltreich, das französische, besteht so viel Eilen, daß es damit am wichtigsten dasteht. Nur fehlt ihm die Kohle. Diesen Mangel sollten die durch den Friedensvertrag zu Verfallen erzwungenen Abtretung des Saargebietes und die monatliche Abförderung von 2 Mill. t. deutscher Kohle, dann die Aufarbeitung ausgleichen, die die Schaffung eines riesigen Pufferstaates einleiten sollte. Um in Europa die französische Macht zu unterbauen, wurde trotz der Wiederauflösung der wichtigste Teil des Kolonialgebietes dem polnischen Polen übergeben und werden jetzt im Danzigerwirtschaftsraum ausgebaut. Unter Ausbildung Deutschlands verfolgt. Mit der Hoffnung, daß diese Pläne scheitern und Deutschland mit aller Energie erneut werden, den für seinen Güterausbau ungebener wichtigen Danzigerwirtschaft durch Handelsvereinbarungen, als Ausgleich für das 6 v. h. der begrenzenden Ausfall seines überseebanden, schließen der Vortragende seine fesselnden Ausführungen, die reichen Beifall fanden.

## Landesverband Bezirk Magdeburg.

Die Ortsgruppe Standes hielt kürzlich eine Versammlung im Restaurant Böhme, Arneburgs Straße, ob der 1. Vorstand, Rudolf Paehold, konnte drei neue Mitglieder aufnehmen; er teilte mit, daß von der bereits beschlossenen Gründung einer Jugendgruppe vorerst noch Abstand genommen werden mußte. Beschlossen wurde, das Sommerfest mit Kinderbelehrungen am 12. Juli im Schützenheim (Vierkeller) sowie einen Sammelausflug am 5. Juli nach Jülich abzuhalten. Zum Schluß wurden noch einige andere Versammlungsgegenstände erledigt.

## Landesverband Sachsen-Anhalt.

Die Ortsgruppe Merseburg (Verein der Orländer) veranstaltete am 3. Mai in Müllers Hotel in Anwesenheit des Oberbürgermeisters Dr. Mosbach, Vertretern des Vereins heimtreter Oberlehrer, des Bundes der Auslanddeutschen, des Vereins für das Deutschtum im Ausland, des Sudetendeutschen Heimatbundes, des Kolonialvereins, des Marinevereins, des Seesvereins, des Vereins der Elsässer und des Jungdeutschen Ordens einen Stammtisch. Nach einleitenden Worten des Vorstandes, Reichscomptals Dr. Danne, der auf die jüngsten Vorgänge um die „freie“ Stadt Danzig hinwies, sprach Hirschfelder S. S. 80 über die Memelfrage. Der Redner bemerkte klar, wie wenig Reder Litauern an dem seit erdenklichen Zeiten preußischen Memelgebiet habe. Wenn auch ein großer Teil der Memelländer sich der litauischen Sprache bedient, so haben sie doch in ihren Innenstädten stets deutsch gedacht und deutsch gesprochen. Beider Beweis hierfür ist es, daß selbst schwäbische Memelländer nach der Postrestierung vom Mutterland die Nähe nicht schauten, noch die deutsche Sprache zu erlernen, um nicht mehr auf die Sprache der Litauer, der Bergersprache, deutscher Kultur und deutschen Rechts, allein angewiesen zu sein. Auf jede nur erdenkliche Weise hat man das Memelland geknebelt und geprägt. Das „Memelheit“ ist das die Rechte der deutschen menschlichen Bevölkerung respekt und sichern sollte, steht nur noch auf dem Papier. Der Redner hob jenseits Seiner Ausführungen hervor, wie wichtig es ist, daß die Deutschen dort in ihrer Heimat zu verbleiben und alles zu tun, was zur Verstärkung ihrer Lage beitragen kann. Vor allem aber ihnen bewiesen werden, daß ihr Vertrauen auf die Hilfe aus der Heimat gerechtfertigt ist; niemand darf auch nur der Assoziation erneut werden, daß jede man dies deutsche Land im äußersten Norden des Reiches für immer aufgegeben. — Die Reder klang aus in das des Deutschlands, dessen erste Strophe von der Versammlung heftig gefeiert wurde. Rechtsanwalt Dr. Wehns brachte zum Schluß eine Entschließung zur Verleihung, die einstimmig angenommen wurde: „Der Verein der Orländer in Merseburg“ Ortsgruppe des Deutschen Oktobnus, hat mit immer größerer Begeisterung gehandelt und gelebt über die Dinge, die sich im Memelland abspielen. Aber schlimmer aber klingen die Nachrichten, die aus Polen zu uns herüberkommen. Das Damenteil, das amtielle politische Kreise keine Angriffsabsichten auf Danzig oder Ostpreußen plante oder geplant hätten, vermag unsre Belehrungen in keiner Weise zu zerstreuen. Das der Völkerbund nicht in der Lage ist, wenn erst vollendete Tatsachen gefasst sind, uns zu helfen, wird nachdrücklich hinzugefügt. Wie richten daher an den Deutschen Oktobnus das dringende Erleben, in der Öffentlichkeit und bei der deutschen Reichsregierung darüber zu wirken, daß Deutschland noch bleibt und sich nicht durch Litauen und Polen überreden läßt.“

Ortsgruppe Wittenberg. Zu einer gemeinsamen Roffstetof auf Kosten der Vereinskasse hatte der Vorstand am Sonntag den 17. April eingeladen, um vor allem den auswärtigen Mitgliedern den Besuch leichter zu machen. Der kleine Saal bei Balzer war nicht besetzt. Nachdem der Vorstand, Kaufmann Buchmann, die letzten gesellschaftlichen Angelegenheiten vorgetragen hatte, erfreute uns das Mitglied Arbeitsamtsdirektor J. C. Büttner den „Ostland“-Vorstand nicht unbekannt, durch Vorlesung eigener Dichtungen, die einen tiefen Eindruck machten. Landesmann Seidler erheiterte durch Erlebnisse des „Pemantis Pegotike“ aus Danzig, die er mit bekannter Meisterschaft vortrug. — Die am 7. Mai im Schlossparken-Hotel abgehaltene Monatsversammlung eröffnete der Vorstand, Landesmann Buchmann, mit zeitgemäßen Vorlegungen über Wirtschaftsfragen und den Osten. Die ganze deutsche Wirtschaft, nicht nur einzelne Teile, habe unter dem Verlust der uns geräuberten Gebiete zu leiden. Damit aber noch nicht genug: der Pole wolle noch mehr von rein deutschen Gebieten haben. Wir müßten uns dagegen mit aller Kraft wenden, jeder an seinem Teile, und den Gedanken der Rückgewinnung des Verlorenen in alle Parteien und Verbände tragen. Den Hauptvortrag hielten Landesmann Reim über den Weißrusslandkorridor und seine Folgen. Unter Belehrung eines reichen gesellschaftlichen Materials konnte der Redner unter Beweis stellen, daß der Korridor wieder deutsch werden muß; dann wie haben ein gesellschaftliches Recht auf ihn. Die Sunde aus dem Stein- und Bronzezeit, wie auch spätere Ureinwohner und andere Kunden aus dem Erdhoden zeugen dafür, daß dies Land von germanischen Stämmen schon lange vor Christi Geburt besiedelt war. Als die Menschen für den zum Teil kargen Boden zu groß wurde, wanderten viele aus (Wölkerrandwanderung), und nun erst, im 4. bis 6. Jahrhundert n. Chr., drängten die Slaven (Polen) in die Gebiete an der mittleren Weißel. Nach dem Deutschen Orden (1211—1466) lebte sich in den ursprünglich germanischen Gebieten sehr, führte das Christentum ein und zog aus der alten Heimat deutsche Bauern, Handwerker und

Raufleute beran, mache also die Lände wieder deutsch. Alle Kultur in dem uns entzessenen Lande kammt von Deutschen, wosogar die Polen das einstmal blühende Land in eine Wüste verwandelt hatten, als im Jahre 1772 durch die erste Teilung Polens die Weichselgegenden wieder preußisch wurden. Der eingehende Vortrag fand verdienten

Befall. Um dem aufzugehenden Stoffe gerecht zu werden, wird Herr Klem das Thema in weiteren Vorträgen behandeln. Die Besinnungswa erheitete sich dann an einer humoristischen Vorlesung durch Landsmann Seidler, worauf Herr Ernstmeyer als Vertreter der Ortsgruppe zum Berater der Jugendabteilung einstimmig gewählt wurde.

## Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

### Personliches.

Professor Siegfried Kuehler,

Ordinarius für neuere Geschichte an der Breslauer Universität, hat einen Auf nach Polen erhalten. Kuehler kam als Nachfolger von Johannes Siekierski 1928 nach Breslau; er hat sich 1921 in Marburg habilitiert. Über die Reise hinaus wurde er vor allem durch sein Buch „Wilhelm von Humboldt und der Staat“ bekannt.

Prof. Edward von Jan-Sieboldswald herzig.

Der seit der Emeritierung Philipp August Beckers vermautete Lehrstuhl der romanischen Philologie an der Universität Leipzig wird zum 1. Oktober an den Greifswalder Ordinarius Professor Edward von Jan übertragen, Jan, der sich 1927 in Würzburg habilitierte und zwei Jahre später Ordinarius in Greifswald wurde, veröffentlicht u. a. eine Arbeit über das literarische Bild der Jeanne d'Arc.

Ein Gerhart Hauptmann-Theater in Breslau.

Anfang September wird das neugebaute Gerhart-Hauptmann-Theater in Breslau, das aus dem ehemaligen Thalia-Theater entstanden ist, mit einem Hauptmann-Theater, in Anwesenheit des Dichters, eröffnet. Analogisch des 70. Geburtstages von Gerhart Hauptmann ist für die kommende Spielzeit eine Reihe von Festspielen seiner Werke geplant.

Bericht: Prof. Brunoild Tepper, älteste Tochter des Lebend. P. Tepper in Luckenwalde, mit Ernst Kurzweil in Breslau, S. Prof. Dr. Papke, einzige Tochter des Gemeintenverwaltungsräte Hermann Papke, mit Kaufmann Theodor Ritter in Luckenwalde.

Silbernen Hochzeit: Gustav Wedemann und Frau in Schmachtenhagen bei Oranienburg (früher Ruhinbeck, Kreis Schöneweide) am 20. 6.

Blasonierte Hochzeit: Das Schwarze Theophrastus am 18. 6.

Bejahrte Ostmark: Ir. Dr. Otto Lorenz, Schwester des verstorbenen Vandesokonomisten Lorenz aus Pianono bei Rofen, 1924 als Optantin mit ihrer Richter, der verm. Frau Bankdirektor Otto Stein, geb. Peters, aus Polen abgesondert, in Wilmersdorf, Sigmariner Str. 18, am 8. 5. 90 J.; Witwe Ulrike Triest, geb. Mögall, in Halbetal 1, Schles., bei ihrem Sohn Carl Triest, früher Schubin, am 19. 5. 84 J.; Frau Jenny Losznynski, geb. Arneberg, in Berlin SO 36, Rottweiler Ufer 35 (früher Osnabrück), am 25. 5. 55 J. (der Ehename ih) langjähriges Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost.

Gefallen: Bezirksschornsteinfegermeister Gustav Conn in Ritschenhöhe am 15. 5. 75 J.; der lebte deutsche Distriktskommisarius des Distriktes Głowno, Kreis Posen-Weß, Arthur Großlich, der im Jahre 1927 als Kriminal-Polizeirat in den Ruhestand trat, in Bad Warmbrunn, Poststraße 8, am 15. 5. Arthur G. war ein Vetter des Posener Pastors Dr. h. c. Großlich; Schafrat Wilhelm Herbst in Goldberg (Schles.) am 21. 4. 62 J. (h. war Seminar-Oberlehrer in Lissa 1. Pol. und übernahm 1920 den Schulaufsichtsrat Lippische Land, später den Kreis Goldberg-Haynau); Paul Radoński in Berlin-Reinickendorf, früher Thorn, am 8. 5. 70 J.; Amanda Schmidt 1. geb. Otto, Tochter des ehemaligen Ubrinowhers Karl Schmidt, in Magdeburg, früher Langenau 6, Bromberg, am 17. 4. 66 J.; Eisenbahnfachkraft K. R. Friedrich Schormann in Bitterfeld, früher Thorn, am 8. 5. 73 J. (h. war seit Gründung der Ortsgruppe Bitterfeld im Jahre 1920 ein treues Mitglied); Gutsbesitzer Karl Leichmann in Bierig, Kreis Wreschen, am 14. 5. 74 J.; Rentier Sommer Siegel in Posen nach einer schweren Operation am 15. 5. 81 J.; Rentier Julius Donner in Posen am 12. 5. 89 J.; das Mitglied der evangelischen Gemeindevertretung in Klecko Ernst Schlesinger am 26. 4. 74 J.

Berichtigung. In „Ostland“ Nr. 20, S. 238, berichteten wir verhehentlich, daß Mittelschulrektor L. R. Hartmann Franks in Breslau am 19. Februar 1928 gestorben sei. Herr Franks erkennt jedoch trotz seiner 93 Jahre noch so gute Gesundheit, daß er noch länglich einen gesuchten Spaziergang unternehmen kann. Wir hoffen, den alten verdienten Polen Schumann noch in einer ganzen Reihe von „Ostland“-Vorlesungen unter den „Bejahrten Ostmarken“ er wähnen zu können.

### Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenzmark Polen - Westpreußen, mittlere Ostmark und Pommern.

Großdölln. Bürgermeister Dr. Lause, der seit 1908 in Frauendorf amtiert und dessen zweite Wahlperiode jetzt abgelaufen ist, bat - nachdem die Stadtoberordnungsversammlung seine Wiederwahl zunächst abgelehnt hatte - dem Stadtoberordneten vorstehen mitgestellt, daß er aus gesundheitlichen Gründen um seine Pensionierung bitte.

Schneidemühl. Die Reichsbahn hat nunmehr die Ründigung von 500 Arbeitern, die bisher im Schneidemüller Reichsbahnabsatzwerk beschäftigt waren, endgültig ausgesprochen. Nur über die Entlassung von 18 Kriegsbeschädigten schweben noch Verhandlungen mit der Hauptverförgeselle. Während der gesetzlichen Ründigungsfrist, die 14 Tage dauert, hat die Reichsbahn auf eine weitere Arbeitsleistung der Bekämpften verzichtet. Alle Proteste gegen die neu erwähnte Bewirtschaftung des östlichen Gewerbes blieben erfolglos.

Schneidemühl. Den Soldaten in Kreuz an der Ostbahn ist es gelungen, einen schwungvollen Pferdeschmuggel an der deutsch-polnischen Grenze im Reichsreich auf die Spur zu kommen. Es sind bereits mehrere aus Polen über die Grenze nach Deutschland geschmuggelte Pferde beschlagnahmt worden. Die Tiere sind teilweise bei Reichsreitern, teils bei Deutsch-Schlesien über die Grenze geschafft worden. Ein polnischer Staatsangehöriger, der in diesem Pferdehandel verwickelt ist, wurde beim Polieren der Grenze festgenommen und dem Amtsgericht Schneidemühl zugewiesen. Nach den bisherigen Ermittlungen dürfte diese Schmuggelfärsche noch weitere Reihen ziehen. Der Verdacht des Schmuggels bestand schon seit geraumer Zeit, doch war es bisher nicht möglich, die Schmuggler auf frischer Tat zu ercepten. Man hofft, nunmehr auch die auf deutscher Seite Beteiligten zu ermitteln und die noch fliehenden Pferde ausfindig zu machen.

Schwerin (Wartes). In Wierzbauern wurden am Grenzübergang der Kaufmann Wohly und seine Begleiterin H. Wohly, beide aus Oberhaveln, unter Spionageverdacht verhaftet.

Trübbig. Ein im Jahre 1898 gegründete Gemeinde Schierig-Hauland jeierte unter großer Beteiligung der denkschärfen evangelischen Gemeinden ihr 70-jähriges Kirchenjubiläum.

### Aus der uns geraubten Ostmark.

#### Aus Polen.

Szczecin. Mit dem Abkommen über Lehrteria in Deutschpolen (Kreis Szczecin) dürfte der Deutschen deutsche Schule die Pforten schließen. Die Schule ist staatlich, und es besteht wenig Aussicht, daß diese Lehrstelle von Staats wegen wieder mit einer neuen Lehrkraft besetzt wird. Die Bemühungen einzelner Besitzer, eine Privatschule zu gründen, blieben erfolglos. Wohl besteht die Möglichkeit, die bisherigen Schülerräume auf kurze Zeit zu pachten mit der Bedingung, die erforderlichen größeren Renovierungsarbeiten aufzuführen. Ein anderes Projekt, auf dem Kirchenterrain eine neue Schule zu erbauen, ist aus Mangel an Geldmitteln nicht durchführbar, und so sind die deutschen Besitzer gezwungen, ihre Kinder in der polnisch sprachenden Schule anzumelden.

Oppeln. Eine Wiederherstellungsfeier ehemaliger Schüler des ältesten Deutschen Privatgymnasiums und Lyciums wurde zu Pfingsten hier gefeiert. An den Begrüßungseabend am 14. Mai schlossen sich am 15. Vorträge in der Aula des Deutschen Privatgymnasiums nebst einem Ball am Abend und am 2. Feiertage ein Ausflug nach Storkow, an.

#### Aus Westpreußen.

Görlitz. Der Stadthauptmann von Görlitz hat in Zülich eine für die Stadt Görlitz kostbare Aule in die Höhe von zehn Millionen und Sonderfranken unterzeichnet. Das Geld ist zur Errichtung von Schule, Spital, Schlachthof, Markthalle und für den weiteren Ausbau von Wasserleitungen und Kanalisation bestimmt.

Görlitz. Der deutsche 21 Jahre alte Student Walter Hares, der aus Wirschnitz-Biebrich stammt und in Danzig studierte, ist seit dem 1. Mai verschwunden. Er hat an diesem Tage eine Wanderung längs der Küste nach Görlitz angegetreten. Er muß auch noch in Görlitz eingetroffen sein, denn seine Mutter und eine andere Bekannte haben von ihm aus Görlitz vom 1. Mai datierte Kartengänge erhalten. Seit diesem Tage steht jede Nachricht von ihm. Nach den Feststellungen der Vermisstenzentrale hat Hares sich bei der Danziger politischen diplomatischen Vertretung kein Visum besorgt. Eine Festnahme wegen unerlaubter Grenzübersicht ist in Polen jedoch nicht erfolgt, denn auf die Anfrage der Danziger Kriminalpolizei bei den polnischen Behörden wurde bisher kein Belehr, daß sich unter den wegen Grenzgeheimschließten Personen der Vermisste befindet.

Thorn. Minister o. R. Röhrwald - Regebauer, der bis vor kurzem das Ministerium für öffentliche Arbeiten verwalte und vorher Dienstgeschäfte in Bromberg war, ist zum Armeeinspekteur in Thorn ernannt worden.

#### Aus Ostoberschlesien.

Kattowitz. Das Polnische Theater schließt am 31. Mai für diese Spielzeit seine Pforten und soll erst im Oktober mit seinen Vorstellungen wieder beginnen. Trotz der überaus großen Schlußfeste, die sowohl die Stadt als auch die Wojewodschaft leisten, wird es wahrscheinlich nicht möglich sein, dann den Betrieb wieder voll aufzunehmen. Vermutlich wird man nur noch das Schauspiel pflegen, weil die Oper aufgezogen wird. Die Oper besteht schon seit vorangegangenen Jahren nicht mehr. Das würde einer Stilllegung des Polnischen Theaters

gleichkommen, da das Schauspiel im allgemeinen sehr schlecht besucht wird. Man kann aber annehmen, daß die wohabenden Kreise schon aus Preisgründen sich dafür einleben werden, daß von einer vollständigen Stilllegung abgesehen wird.

#### Der Seediens Ostpreußen,

die Schauspielstätte Swinemünde—Zoppot—Pillau—Ammel (—Ubaa) hat am 11. Mai seinen bislängigen Betrieb aufgenommen. Trotz der wirtschaftlichen Not haben alle beteiligten Stellen zusammengekriegt, um diesen für den Fremdenverkehr Ostpreußens von Jahr zu Jahr wichtiger und beliebter gewordenen Schiffsauftrieb möglichst im alten

Umfange aufrechtzuhalten. Der „Seediens Ostpreußen“ hat ein Kunstheft herausgegeben, das kostenlos in allen besseren Reisebüros und größeren Reichsbahnhofsstäben zu erhalten ist. Dieses Heft ist mehr als eine bloße Schauspielbeschreibung; es ist zugleich ein Reiseberater für Ostpreußen. Darauf und Memel, der auch über die Post- und Schiffsträger auftritt und eine große Zahl von innenpolnischen Szenarien, sowohl solche der Eisenbahn als wie die des gesamten Binnenschiffahrtswesens enthält. Auch die wichtigsten Anschlüsse zu Schiff und Bahn nach Swinemünde sind angegeben.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Die Verlobung ihrer Tochter Lotte mit Herrn Diplom-Landwirt Julius Schelling—Stuttgart beziehen sich hiermit anzugeben.  
Pfingsten 1932. Otto Kühn u. Frau.  
Berlin-Weizenlee, Parkstraße 107, II.  
(Fr. Großhochzeitl. in Schotten b. Polen.)

**A. Richard Steudtner**  
**Charlotte Steudtner**

verw. Herdermerten  
geb. Mlodny

**Vermählte**

Monschau-Eifel, Stadtstraße 8  
Mai 1932

#### Ehem. Deutscher Flottenverein

##### Ortsgruppe Hohensalza E. V.

Die jahrelangen Bemühungen ist es endlich gelungen, jüngst das von den Polen beschlag-nahmene Bootshaus in Ammee auf Grund des Pleidationsbeschleunigungs- und zu erhalten.

Diese soll zur Einlösung der von uns im Jahre 1917 herausgegebenen Anteilscheine dienen. Wenn wir damit auch nicht allen Wünschen gerecht werden können, so können wir schon jetzt mitteilen, daß die Auszahlung des Pleidationsbeschleunigungs- wesentlich höher liegen wird, als die Aufwertung von Hypotheken.

Die Auszahlung erfolgt gegen Einwendung der Anteilschein. Die Berechtigten werden gebeten, ihre Forderung unter Angabe ihrer jüngsten Adreß und der Ett. B. Nr. der Anteilschein bei mir bis zum 1. Juli 1932 anzumelden.

Sollten die Anteilscheine verlorengegangen sein, so haben die Einlösungsberechtigten unter Angabe der Ett. B. Nr. eine Erklärung abzugeben, daß sie mit Zustandekommen des Liquidationsbeschleunigungs keine Forderungen mehr an den Verein haben.

Berlin W. 9, den 18. 5. 1932,  
Potsdamer Straße 1a.

J. Böhm.

M. Kayma, Steueramtsbüro-Baileyer a. D.  
Steuer- und Wirtschafts-Sachverständiger.

#### Gesucht auf prima Hausbesitz an 1. Stelle:

RM 4 000,—  
RM 14 000,—  
RM 30 000,—

#### Gesucht:

RM 30 000,— goldsichere Anlage,  
Haushaltserhaltungshypothek, auf  
prima Berliner Miethaus.

Fhr. v. Wittken-Jungnickel, Berlin W 30,  
Mörsit. 19, Tel. B 4, Bavaria 6509, Sprechzeit:  
Montag, Mittwoch, Freitag von 3—5.

#### Vermögensbilanz vom 31. Dezember 1931

A. Aktiva	M.	B. Passiva	M.
Rauende Rechnungen . . . . .	376,63	Spareinlagen . . . . .	10 378,04
Wesel-Konto . . . . .	17 974,15	Laufende Rechnungen . . . . .	583,39
Gelehrte Guvhahen bei und Genossenschaften . . . . .	45 375,55	Provinz-Genossenschafts- und Raiffeisen-Kont . . . . .	9 890,90
Wesel-Konto . . . . .	6 000,—	Provinz-Genossenschafts- und M. Kred . . . . .	5 000,—
Postspülkonto . . . . .	390,—	Wesel-Konto . . . . .	43 111,35
Nach zu belastende Ge- schäftsgehalt, d. Gen. . . . .	205,53	Rückstand, Geschäftsgehalt, der Genossen . . . . .	878,73
Vorausgezahlte Wedel- distont . . . . .	878,79	Geschäftsgehalt, d. Gen. . . . .	15 073,62
Gelehrte Guvhahen aussehend, Genossen . . . . .	43,—	Gelehrte Guvhahen aussehend, Genossen . . . . .	1 251,52
Wesel-Konto . . . . .	71 243,65	Reservefonds . . . . .	2 134,64
Berlust . . . . .	25 107,28	Rückstellungs-Konto . . . . .	8 050,00
	96 350,94		96 350,94

Zahl der Genossen bei Beginn des Geschäftsjahres 1931 217, Zugang 14, Abgang 18. Mitgliederstand am 31. Dezember 1931 213.

Breslau, den 11. Mai 1932.

**Spar- und Darlehnskasse, Deutscher Ostbund Schlesien,**  
eingetragene Genossenschaft mit unbefristeter Haftpflicht.  
Der Vorstand: König, Kubis, Taenzer, Geisler, Polachke.

#### Einladung!

Auf Grund der §§ 30 und 31 des Statuts laden wir hiermit unsere Mitglieder zu der am Montag, den 30. Mai 1932, 19 Uhr im „Vins-  
tenhause“ zu Breslau stattfindenden

#### ordentl. Generalversammlung

ergeben ein.

##### Tagesordnung:

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Bericht über die Revision durch den Revisionsverband.
3. Genehmigung der Jahresrechnung und Bilanz für 1931.
4. Beschlußfassung über Deckung des Verlustes.
5. Entlastung des Vorstandes wegen dessen Geschäftsführung.
6. Erhöhung der Pflichteinzahlung auf den Geschäftsan teil auf 200 RM. gemäß § 37 des Statuts.
7. Wahlen des Vorstandes und Aufsichtsrats.
8. Verschiedenes.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustberechnung liegen in der Zeit vom 20.—28. Mai 1932 im Geschäftszimmer des Rentabanten Kubis, Bauchaustraße 15, III, während der Rahmen von 17 bis 19 Uhr zur Einholung der Mitglieder aus.

Breslau, den 11. Mai 1932.

**Spar- und Darlehnskasse Deutscher  
Ostbund Schlesien e. G. m. u. H.**

Der Vorstand,  
geg. König, Kubis.

**Ostmarkter!** Tretei unzere Ost-  
bundstädte bei.  
Auskunft erteilt die Bundesleitung in  
Berlin B. 30, Mohrstraße 22.

In einer sehr Mittel-  
städte wird f. stedtlanen

#### ingenieur

eine Schlosser mit  
Eisenfertigkeiten gesucht. Nur  
wirktiges gutes Solides

und Preisgut erachtet,  
formal in der Straße, öffn. an

**Paul Lenke,**  
Erkner b. Berlin,  
Friedrichsdorf, 13, erbett.

**Wer kennt**  
die letzte Anschrift von  
Schiffseigner

**Franz Rosat,**  
Kahn „Berlin“, zuletzt  
wohnhaft gewesen in  
Stettin? Angab. unter  
221 an das Orlan erb.

**Wer kennt**  
die Anschrift von Herrn

**Dr. Hobbing,**  
zuletzt wohnhaft ge-  
wesen in Berlin SW 18,  
Befest. 207, 10. ang. unter  
224 an das Orlan erb.

#### Das gibt's nur einmal!

**Erwerbsgut,** 6000Morg. Acre, Weizenboden,  
60km ab Berlin (Altmark), Gebäude massiv,  
elekt. Licht, Kraft, 16 Wände, 45 Rinder,  
25 Schweine, Gefügel, Gr. 120000 M. An-  
zahlung 25000—30000 M.

**Landwirtschaft,** 72 Morg. Weizenboden.

Anzahlung 5000—6000 M.

**Landwirtschaft,** 81 Morg. We. 24000 M.

Anzahlung 4000—5000 M.

**Kolonialwarengutgrundstück,** mit gr.

Garten, Gebäude neu, Br. 24000 M. An-  
zahlung 8000—10000 M.

**Kolonialwarengutgrundstück,** a. Dorf.

Garten, Preis 10000 M. An. 3000—4000 M.

**Gastwirtschaft,** 60 Morg. Weizenboden,  
allein im Dorf. Preis 40000 M. Anzahlung

7000—10000 M.

**Außenbergen, Gast- und Landwirtschaften,**  
Gästehaus, Bäder, Bäckerei,  
Geschäftsgutläden, Landhäuser von 1000 M.  
Anzahlung verkauf

**Bernhard Albrecht, Eberswalde,**  
Brauerei 13. Telephon 59.  
Früher Dobromir/Posen.

#### Ostmarkter Siedlungsbau

e. G. m. b. H. in Liquidation  
zu Woltersdorf

#### Generalversammlung

Montag, den 30. Mai 1932, 4 Uhr nachm.,  
in Woltersdorf bei Herrn B. Kubat.

##### Tagesordnung

1. Geschäftsbereich.
2. Vorleg. d. Rednung u. Bilanz v. 1931.
3. Befluss darüber.
4. Verschiedenes.

Der Aufsichtsratsvorsitzende  
E. Wiegert.

## Ölmärkte! Provisionsfrei! Glänzende Existenzen!

Ang. M.

Landgästehof mit Landwirtschaft und Kolonialwarenhdg., Nähe Jüterbog, dauerh. verkehrs-günstig, im Zent. Straßlunds 12 000  
11 Morgen groÙe Gsfläschfarm, Inventar und Geräte reichlich vorhanden, bei Leipzig 30 000  
Reislaufungsgrdflk. in zentral. Städtelage von Sondershausen 9 000  
Geldfläschhaus mit angrenzendem Bäckerei- u. Konditoreibetrieb (volksschlüssig) in Lebbestadt Merkenburgs 12 000  
Schloßbelebung (z. S. Erholungs-hütte) im Thüringer Wald 30 000  
Geldfläschgrundstück m. Kolonialwarenhandlung, Kaffeeherst. und Spirituosenkleinhandel im Kleinstadt Worpommern 10 000  
Kolonialwarenhandl. in kleinem Ort, Nähe Neustrelitz, Preis: 14 000 Ang. 5 500  
Ländl. Warenhaus, Nähe Bölkau, Reg.-Bei. Siegenh. (Sobol.) 4 000  
Bäckergrundstück i. lebh. Stadt der Ostpreußen 10 000  
Gutshof mit erfläschigem Bau-territor. in bevorzugter Städtelage von Smidkau (Sachsen) 30 000  
Wohn- und Geldfläschhaus i. beliebter Industriestadt im Kreise Herford (Westfalen) - Preis: 32 000  
Reislaufungsgrdflk. m. großem Saal in kleinerem Städtechen der Mark 12 000  
Wohn- und Geldfläschhaus (Mas-saufk., Weiß- und Wollwaren) in der Ultmark 10 000  
Waffelwürmehändl. mit Säge-werk und Landwirtschaft im Kreise Crotzen d. O. 15 000  
Zwei-familien-Wohnh. mit Tier-obj. u. Gemüsegarten i. guter Berkebergslage in Jüterbog 10 000  
Säbrikordt. (Betonton- u. Russsteinhdg.) in lebh. Kreisstadt a. d. Böhmische Berlin-Straßlund 25 000  
ent. Be-pacht m. Bölkaustr. Sonatium in landschaftl. reizvoller Lage unmittelbar am Walde, in bevorzugter Faub.-freier, opulenter Rast i. Cau-scher Gob. (b. Jüterbog) Preis: 45 000  
Landwirtschaftliches Grundstück, als Gsfläschfarm ausbaufähig, in Mörsheim 10 000  
Sägewerk in döster Gesellschaftslage Sommerfelds in unmittelbarer Nähe des Böhlhofs 25 000  
Säbrikraum, 162 qm groÙ, mit Maschinen zur Herstellung von Schokoladen, Miete 90 R.M. pro Monat, Verkaufspreis: 12 000

Bildprospekte kostenlos durch:  
**K O C H & C o., Berlin W 10**  
Dörnbergstraße 1. Tel.: B 2 Lützow 5933.

## Übersetzungen

polnisch, russisch, tschechisch. Schriftliche Arbeiten billig!  
**Fritz Bitkower,**  
Berlin W 35, Magdeburger Str. 30, I. Tel.: B 2, Lützow 3469.

## Renlenwirtschaft

78 Ang. jef. französisches halber bei 12 000 M. und Übernahme der Rente zu verkaufen.  
**Kurt Grundmann,**  
Gr. Janebach, Neippergstraße 12, Land.

## Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.  
(Geschäftsleitung des Deutschen Ostbundes)

Berlin W 30, Moabitstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

## Verwertung von

6% Reichsschuldbuchforderungen  
durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen  
der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

**Beratung in Vermögensanlagen  
und allen Kreditangelegenheiten**  
Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

## Kant-Hotel

## Charlottenburg,

Kantstraße 34, Tel. C 1 Steinplatz 8130  
Neuer Besitzer: Hermann Bleger,  
Mitglied des Deutschen Ostbundes (bisher Leiter  
des Palast-Hotels „Biedermeierhof“ in Düsseldorf)

Nächstgelegenes,

vornehm behagliches Haus am Bahnhof Charlottenburg. Zimmer mit fließendem warmen und kalten Wasser und Staats-telephon von RM. 4,50 bis 8,50 pro Bett einschl. Bedien.

## Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ als Verlosungsgewinn

Berliedene Ortsgruppen haben zur Hebung des Absatzes unseres „Ostdeutschen Heimatkalenders“ 1932 einen Weg gefunden, die allgemeine Nachahmung verdient: Die Verlosung. Der Anteil, Tombolalose zu kaufen, wird ganz gewiß erhöht werden, wenn sich unter den Gewinnen jeweils einige Exemplare des „Ostdeutschen Heimatkalenders“ befinden, den die Presse als eine Kulturtat bezeichnet hat. Die Bestellungen sind zu richten an Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W 30, Moabit 22.

## Schöne Landwirtschaft

80 Ang. mit tad. Jub. Br. 24 000 M. Ang. 10 000 — 15 000 M. Markt, prima Landgästehaus m. 23 Ang. Nübenland, allein in der Ost. Ang. 12 000 — 15 000 M. Gärtnereigrundstück m. 9 Ang., Glogau, Ang. 7000 — 10 000 M. Markt, Städtegrundstück i. Kreisstadt, Ang. 7000 M. Markt, 3 gute Landbäderreien, Ang. 8000 — 12 000 M. Landgästehaus m. Fleischerei, Ang. 10 000 M. Fleischereigrundstück m. komplett. Einrichtung, Ang. 10 000 M. Jerner ca. 30 Landhäuser in idyll. Gegend, Angabe, 2000 — 4000 M. Land, i. allen Größen, Ang. 4000 — 9000 M. 25 Landgästehäuser und viele andere Errichtungen zu verl., Lebensmittelgesch., mit Wohnung in Glogau, erf. 9000 M. Städterestaurant mit Fremdenz., Regelbahn, Schleifz., erf. 2500 M. Markt, zu vergeben.

**Lakomy, Glogau,**  
Borsigstraße 5.

## Die billigste Dauerpension

i. herrl. a. g. Wald u. See geleg. Erholungsheim mit eig. Strand, Böge, Park, Wiege usw. erhält. Sie bei Abschluß ab 12 Monate — 1000 M. voraus = 90 M. pro Monat, bei 23 Monaten = 2000 M. Einzahlg. nur 85 M. pro Monat. Bei 39000 M. 1 × Einzahlg. Abfindg. durch Notar u. Treuhänder sogar lebenslanglich freien Aufenthalt, liebenh. Pfläge, Eintragung als Hypothek mit Altenteil und 1% als Rente! Gemüthlicher, ungezwung. Aufenthalt bei Bromberg, kein Stift! Herren können jagen u. angeln! 5 Mahlzeiten, pro Person 1 schöner Zimmer.

Aufgenommen werden nur wieder ca. 10 Personen, auch ältere Gebräute, daher wollen Sie nur erste Interessenten melden, die sofort abschließen können. Überredung dann später stattfind., Zimmer wird reserviert. Preissatz geg. 25 M. Porto!

**Erholungs- und Dauerheim, Obst- und Gemüsegut „Carlshof“ bei Malchow i. Mecklbg.**

## Wer kennt Preuß. Staats-Lotterie

die Anhänger des Herrn

**Ferdinand Block?**

Es handelt sich um Umlaufzeit eines Spar-  
guthabens der Kreis-  
partei-Pol. Welt.

Angaben unter 2527  
an das Ostland erbeten.

Ziehung:

**Lose 3. Kl. am 15. und 16. Juni**

Zu haben bei Staatl. Lotterie-Einnehmer

**Berlin W 35,**  
Potsdamer Str. 116a,  
Ecke Lützowstraße.  
Ihrer in Kattowitz, 0.8.

Tel. Lützow 3086.

## Wer kennt

die Anhänger von Herrn

**Eric Siebold,**

zuletzt wohnhaft ge-  
weilen in Berlin N 4,

Chancierie, 32? Angab.

unter 2523 an das

Ostland erbeten.

## Wer kennt

die Anhänger von Herrn

**Willy Koepnerick,**

zuletzt wohnhaft ge-  
weilen in Berlin O 112,

Chancierie, 32? Angab. un-

ter 2522 an das

Ostland erbeten.